

Bezugspreis. Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.30 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Wolk und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Kassen', 'Frauenstimme', 'Der Arbeiterfreund', 'Jugend-Vorwärts', 'Bild in die Arbeiterwelt' und 'Kulturarbeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Konfessionelle Seite 80 Pfennig, Restkonfessionelle Seite 60 Pfennig, 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 25 Pfennig (zwei fertige Wörter 40 Pfennig, jedes weitere Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Werbemaße Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 25. August 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikales: Berlin SW 68 - Konfessionelle Seite der Arbeiter, Parteimitglieder und Gewerks. Wähler. 65: Diakon-Gesellschaft, Dorotheenstraße 11.

Dokumentenraub in Prag.

Faschistenhorden überfallen einen Ministerialrat. - Hausdurchsuchung bei den Tätern.

Prag, 24. August. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch vormittag wurde im Sekretariat der Faschisten in Prag eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der u. a. auch der General Gaida anwesend war. Die Hausdurchsuchung dauerte 2 1/2 Stunden. Ueber ihr Ergebnis bewahrt die Polizei vorläufig Stillschweigen. Nach den Meldungen eines halbfaschistischen Blattes wurden bei der Hausdurchsuchung alle Protokolle und alle Richtlinien beschlagnahmt, ebenso das gesamte Adressenmaterial und verschiedene Manuskripte. Zu gleicher Zeit wurde auch bei faschistischen Führern Hausdurchsuchung vorgenommen und sechs dieser Leute der Polizei vorgeführt. Die Abendausgabe des Prager rechtsnationalistischen tschechischen Blattes bringt diese Hausdurchsuchungen in Zusammenhang mit der Nachricht, daß vergangene Nacht aus der Wohnung eines Mitgliedes des Disziplinarausschusses gegen Gaida Dokumente, die diese Affäre betreffen, gestohlen wurden.

Die Polizeidirektion teilt spät abends mit:

„Gestern morgen drangen sechs bewaffnete Männer, die im Automobil angefahren kamen, in die Sommerwohnung des Ministerialrats im Verteidigungsministerium, Borek, in Sazawa bei Prag ein und verlangten von ihm mit schußbereiten Revolvern die Herausgabe gewisser amtlicher Dokumente, die sich allem Anschein nach auf die Gajda-Affäre beziehen. Der Ministerialrat erklärte jedoch, daß er die betreffenden Akten nicht besitze. Darauf hielten ihn einige der Angreifer mit dem Revolver in der Hand, während die übrigen seinen Schreibtisch durchwühlten und verschiedene Aktenstücke an sich

nahmen. Das Auto fuhr sodann mit ihnen in rasender Fahrt davon. Die Prager Polizei hat bereits zwei Prager Faschisten, die als Täter in Betracht kommen, verhaftet.

Das Disziplinarverfahren gegen Gaida hatte lehtin zur Anerkennung der Generalchärge für den ehemaligen Chef des Generalstabs geführt.

Presserverfolgung in Polen.

Die Lodzer 'Volkszeitung' beschlagnahmt.

Warschau, 24. August. (Eigenbericht.)

Nachdem in letzter Zeit fast ausschließlich rechtsstehende Zeitungen dem Pressedirektor zum Opfer gefallen sind, ist nunmehr die sozialistische deutsche 'Volkszeitung' in Lodz wegen eines Artikels über Bilsudski beschlagnahmt worden. Außerdem ist am Mittwoch wiederum die 'Gazeta Warszawska Poronna' wegen eines Artikels, in dem eine Untersuchung gegen die Offiziere verlangt wird, die General Jagurski auf seiner Reise von Wilna nach Warschau begleitet haben, der Beschlagnahme verfallen. Die Rechtspreffe führt den Kampf um die Aufklärung des rätselhaften Verschwindens des Generals immer noch recht hartnäckig, während die der Regierung nahestehenden Zeitungen sich über dieses Thema ausschweigen.

Am Mittwoch vormittag sind in Warschau 15 Kommunisten verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, der verbotenen kommunistischen Partei Polens anzugehören und in Provinzstädten kommunistische Gruppen organisiert zu haben.

500 Verletzte in Paris.

Davon angeblich 200 Polizisten.

Paris, 24. August. (Eigenbericht.)

Bei den blutigen Zwischenfällen der letzten Nacht sind nach amtlicher Darstellung 121 Polizisten, darunter mehrere lebensgefährlich verletzt worden, 200 Personen wurden festgenommen. Wieviel Manifestanten verwundet wurden, ist nicht bekannt geworden, da zahlreiche Leichtverletzte es vorgezogen hatten, ihre Personalien nicht anzugeben, doch dürfte die Zahl der Verwundeten 300 übersteigen. Die Entrüstung über die Roheit der Polizei ist in der Öffentlichkeit sehr groß. Die Linkspresse greift den Polizeipräsidenten ob seiner rückfälligen Befehle scharf an; der 'Soir' sagt, daß die Regierung allein die Verantwortung trage, da sie die Manifestation, die völlig harmlos verlaufen wäre, verboten hat. 'Paris-Soir' meint, daß die Häufte und die Gummihüpfel der Polizei selten mit soviel Eifer funktioniert hätten. - Der Polizeipräsident sucht

das Verhalten der Polizei

an den wirklich gefährdeten Stellen auf ihre numerische Schwäche zurückzuführen und kündigt an, daß er in kürzester Zeit den Antrag auf Erhöhung der Polizeistärke stellen werde.

Aus den zahlreichen, sich zum Teil widersprechenden Angaben über die Zwischenfälle geht hervor, daß die Zahl der Manifestanten, die die Gasse begannen, nur 5000 betrug. Anfangs lag die Absicht vor, vor der nordamerikanischen Botschaft zu manifestieren, aber die starke polizeiliche Absperrung hinderte die Manifestanten daran; sie zerstreuten sich in mehrere Abteilungen und verschiedene Teile der Stadt, wo nur schwache Polizeiträfte aufgestellt waren. Diese wurden überrannt und so waren die Manifestanten etwa eine Stunde lang Herr des Montmartre. Als dann Verstärkung in Autos herbeieilte, waren

diese Polizisten betastet überreizt, daß sie sich auch auf harmlose Spaziergänger und Passanten stürzten und einschlugen.

In fünf Punkten der Stadt wurde scharf geschossen. Auf dem Montmartre gingen die Manifestanten gegen die Koffschäuser und das Theater 'Moulin Rouge' vor, in dem viele Amerikaner der Vorstellung beimohnten, wobei etwa 100 Schüsse abgegeben wurden.

Am Mittwoch herrscht Ruhe in ganz Paris. Die nordamerikanische Botschaft und das Generalkonsulat sind immer noch scharf bewacht.

Paris, 24. August. (W.B.)

Gegen 10 1/2 Uhr abends geriet ein Zug von etwa 300 Manifestanten auf dem Boulevard Sebastopol, wo gestern nacht bereits schwere Ausschreitungen stattfanden, mit Polizei zusammen. Mehrere Schüsse fielen. Es gelang der Polizei, die Demonstranten zu vertreiben.

Eisenbahnunglück in England.

Elf Tote, 50 Verletzte.

London, 24. August.

Bei einem Eisenbahnunglück in der Nähe von Sevenoaks wurden elf Personen getötet, 20 schwer und 30 leicht verletzt. Der im Zuge mitlaufende Pullman-Wagen wurde vollständig zertrümmert.

London, 24. August. (I.L.)

Auf der Strecke London-Deal trat sich heute abend ein schweres Eisenbahnunglück zu. Der in London in den Abendstunden abgehende Zug kam um 5.30 Uhr zwischen den Stationen Dunton-Green und Sevenoaks zur Engleisung, wodurch 10 Personen getötet und eine große Reihe verletzt wurden. Die Southern Railway veröffentlichte einige Zeit nach dem Unglück ein Kommuniqué, wonach neun Personen getötet und zwanzig ernsthaft verwundet wurden, während eine größere Anzahl von Personen mit leichteren Verletzungen davonkam und nicht so schwer überführt werden brauchte. Hilfszüge sind sofort an die Unglücksstelle abgefordert worden.

Eine spätere Mitteilung der Eisenbahngesellschaft besagt, daß elf Personen getötet wurden. Am späten Abend waren jedoch erst die Namen von drei Getöteten festgestellt. Die Verletzungen der zwanzig Personen sind, wie bestätigt wird, sehr ernster Natur. Die Aufräumungsarbeiten werden gegenwärtig bei Fadellicht betrieben. Einer der unverletzt gebliebenen Passagiere sagte aus, daß der Zug auf einer Strecke von zehn bis fünfzehn Metern schwankte, bevor er sich nach der einen Seite überschlug. Der letzte Wagen wurde, obwohl er gleichfalls entgleiste, nicht so schwer beschädigt wie die übrigen, von denen die meisten vollständig zertrümmert wurden.

Von den im Hospital befindlichen Personen befinden sich eine ganze Anzahl in Lebensgefahr, so daß sich die Zahl der Toten, wie man befürchtet, noch erhöhen wird. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, und die unter den Trümmern begrabenen Toten und Verletzten konnten erst nach einiger Zeit aus ihrer furchterlichen Lage befreit werden. Ueber die Ursachen des Unglücks ist zunächst noch nichts bekannt.

Verteidigung der Schulreaktion.

Begründung zum Reichsschulgesetz.

Endlich, nach mehr als sechs Wochen, die seit der Veröffentlichung des Reichsschulgesetzentwurfes vergangen sind, gibt das Reichsinnenministerium des Herrn Reudell auch die Begründung bekannt, die dem Entwurf zur Erläuterung dienen soll. Wenn man die kleine Schrift von zehn Seiten in die Hand nimmt, fragt man sich allerdings vergeblich, warum es so lange dauern mußte, bis eine so klägliche Verteidigungsschrift herauskam. Der Gesetzentwurf, den wir seinerzeit im vollen Wortlaut veröffentlichten, stützt die Verfassungsbestimmungen einfach um. Er setzt an die Stelle der Gemeinschaftsschulen, die in der Verfassung als die Regelschulen dargestellt werden, einfach drei Arten von Schulen als gleichberechtigt nebeneinander, und zwar in erster Linie die Bekenntnisschule, dann die Gemeinschaftsschule (mit Religionsunterricht) und schließlich die brenntnisfreie oder weltliche Schule.

Man erwartete nun, daß die Begründung wenigstens Aufschluß darüber geben würde, warum diese vollkommene Umkehrung als Ausführungsgesetz zu den Verfassungsbestimmungen ausgegeben wird. In dieser Erwartung wird man jedoch vollkommen enttäuscht. Die Begründung macht sich die Sache viel einfacher, als selbst der kühnste Optimist anzunehmen wagte. Sie bezeichnet schon in der Ueberschrift den Gesetzentwurf nicht als Entwurf eines Reichsschulgesetzes, sondern als den 'Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Artikel 146 Abs. 2. und 149 der Reichsverfassung'. Dadurch glaubt sie dem grundlegenden Absatz 1 des Artikel 146 völlig aus dem Wege gehen zu können. Dieser ist aber nicht hinwegzudisputieren. Wir geben ihn zu leichterem Verständnis des Folgenden noch einmal im Wortlaut wieder:

„Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugefallen. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe, für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind keine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend.“

Nach dem folgenden Absatz 2, der in dem neuen Entwurf angeblich ausgeführt werden soll, wird weiter bestimmt, daß „innerhalb der Gemeinden indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten“ seien, soweit dadurch ein geordneter Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Die „für alle gemeinsame Grundschule“ ist danach für die Verfassung das zunächst Gegebene, während besondere Konfessions- oder Bekenntnisschulen „indes“ nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden dürfen.

Die Reudellsche Begründung zu dem reaktionären Schulgesetzentwurf gibt sich nun den Anschein, als wolle sie nur die gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung von Bekenntnisschulen herstellen. Sie betont die Dringlichkeit des Gesetzes, indem sie behauptet, die Landesgesetzgebung könne keine Maßnahmen treffen, solange nicht dieses Reichsschulgesetz die Richtlinien für die Einrichtung von Bekenntnisschulen festgelegt habe.

Trotzdem der Gesetzentwurf das ganze Schulwesen, wie es der Verfassung vorschwebte, völlig umzugestalten bestimmt ist, behauptet die Begründung, der Entwurf sei „von der Absicht geleitet, das Volksschulwesen der Länder vor Erschütterungen und tiefgreifenden Umgestaltungen zu bewahren“. Nur zu diesem Zwecke sei in den Entwurf die Bestimmung aufgenommen, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes die schon bestehenden Schulen als „auf Antrag errichtet“ anzusehen seien. Durch diese kleine und unauffällige Schiebung würde erreicht, daß die Länder, soweit sie bisher Konfessionsschulen hatten, vor der Errichtung der in der Verfassung als Regel vorgesehenen Gemeinschaftsschulen bewahrt bleiben, und daß auch die Anhänger der Konfessionsschulen der Mühe entzogen werden, ihrerseits Anträge auf Errichtung von Schulen ihres Bekenntnisses zu stellen.

Dagegen ist Herr Reudell und mit ihm das Reichskabinett so gnädig, zu gestatten, daß die Anhänger von Gemeinschaftsschulen von sich aus Anträge stellen, die von der Verfassung vorgesehene Regelschule als Ausnahme einzurichten. Diese Bestimmung des Entwurfes, daß auch die Gemeinschaftsschule auf Antrag einzurichten sei, soll jedoch nach der Begründung keine Stellungnahme zu der Frage bedeuten, inwiefern die Verfassung der Gemeinschaftsschule eine Vorrangstellung zuweisen wollte. Dadurch, daß in dem § 2 des Gesetzentwurfes ein ausdrücklicher Hinweis auf den Artikel 146 Abs. 1 der Verfassung aufgenommen wurde, soll nach der Begründung klar gestellt werden, daß der Entwurf die Rechtsstellung der Gemeinschaftsschule nicht erschöpfend regeln will, sondern, daß den Ländern es unbenommen bleibt, weitere Bestimmungen über die

Gemeinschaftsschule zu treffen, also etwa anzuordnen, daß Schulen, die wegen der Zunahme der Schülerzahl in einer Gemeinde neu zu errichten sind, den Charakter als Gemeinschaftsschule erhalten.

Von besonderem Interesse ist in der Begründung auch die Bemerkung über die „Weltanschauungsschulen“. Zwar ist im Artikel 149 der Verfassung nur von „bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen“ die Rede, aber da im Artikel 148 bei den Anträgen neben dem Bekenntnis auch von der „Weltanschauung“ der Erziehungsberechtigten gesprochen wird, so hält es der Reudell-Entwurf für selbstverständlich, daß außer weltlichen Schulen auch noch „Weltanschauungsschulen“ errichtet werden können, so daß wir neben der Dreigliederung auch noch eine Vervielfachung der Schulsysteme nach der Richtung erwarten dürfen, daß nicht als Religionsgemeinschaften anerkannte religiöse Sekten oder neuauflommende „Weltanschauungsgemeinschaften“, wie etwa die Gruppe des „neuen Rationalismus“ für ihre Kinder selbständige Schulsysteme mit Erfolg beantragen dürfen.

Für die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht, wenigstens soweit der Religionsunterricht in Frage kommt, hat die „Begründung“ überhaupt keine Gründe, es sei denn, daß man den einen Satz als solche anerkennen wollte, daß es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Religionsgesellschaft über die Frage gekommen sei, wie der Religionsunterricht „in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaft“ erteilt werden könnte. Außer der geistlichen Schulaufsicht soll der Staat auch noch zugestehen, daß er über den Lehrplan, die Lehr- und Lernbücher für den Religionsunterricht erst ein Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft herzustellen habe.

Die Begründung behauptet frischweg, da von den rund 62,4 Millionen Einwohnern Deutschlands rund 60,2 Millionen Christen seien, so müsse auch die Gemeinschaftsschule (Simultan- oder Erziehungsschule) ihre Unterrichts- und Erziehungsarbeit auf religiöser Grundlage aufbauen und „die vom Christentum beeinflussten Äußerungen der deutschen Geistesgeschichte“ im Unterricht und in der Erziehung lebendig machen. Die für den Entwurf und die Begründung verantwortlichen Beamten des Innenministeriums rechnen also einfach alle Erziehungsberechtigten, die noch nicht offiziell aus der Kirche ausgetreten sind, zu Christen im Sinne ihres Bekenntnisses und folgern daraus das Recht, für ihre Schulkinder eine bevorzugte Stellung im Gegensatz zur Verfassung abzuleiten.

Diese klägliche Begründung zu dem ebenso kläglichen, aber gefährlichen Reichsschulgesetzentwurf zeigt mit bedrohlicher Klarheit, wie sicher sich die Kreise fühlen, die ihren gegenwärtigen Regierungsblock dazu benutzen möchten, das deutsche Schulwesen auf die Zeit nach dem dreißigjährigen Kriege zurückzuführen. Gegen diesen Entwurf, seine Begründung und seine Väter kann es nur den schärfsten Kampf geben.

Die Lehrer lehnen ab.

In Leipzig veranstaltete der Leipziger Lehrerverein eine große öffentliche Kundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Nach eingehenden Referaten des demokratischen Reichstagsabgeordneten Könnert über „Reichsschulgesetzentwurf und Verfassung“, des Sozialdemokraten Professor Dr. Riemann über „Reichsschulgesetzentwurf und Geisteskraft“, und des Schriftstellers der „Leipziger Volkszeitung“, Barth, über „die finanziellen und pädagogischen Wirkungen des Reichsschulgesetzentwurfs“, die starke Zustimmung fanden, sah die außerordentlich eindrucksvoll verlaufene Versammlung nach einer längeren Aussprache, in der Vertreter der verschiedenen Parteien und der Elternschaft zu Worte kamen, gegen ganz wenige Stimmen der Kommunisten eine Entschließung, die den Reichsschulgesetzentwurf als verfassungswidrig ablehnt, weil er gegen den Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung

Weltbeben.

Von Paul Gutmann.

Das stärkste Propagandamittel der christlichen Kirchen ist die Erweckung des Mitleids mit einem unschuldig Verurteilten. Die christliche Religion ist die einzige, die Gerechtigkeit und zugleich das Mitleid mit dem vom Unrecht Betroffenen als Kern ihrer Glaubenslehre aufweist. In ihr verdrängt sich das unermessliche Verden der antiken Sklaverei zu einem Symbol von grandiosem Empfindungsreichtum. Seht, dieser Mann, der Kettler der Menschheit, ist am Kreuz unschuldig verurteilt, so tiefen die Priester den Gläubigen zu und schufen damit eine Bewegung von weltumwälzender Bedeutung. Der Schrei nach Gerechtigkeit, der das Christentum geschaffen und trotz aller Entstellungen seiner Lehre erhalten hat, war das jener Weltbeben, das von Zeit zu Zeit die in stinkendem Eigennutz und verbrecherischem Unrecht erstarrte menschliche Gesellschaft aufzittert.

Das Leben wäre unerträglich ohne Gerechtigkeit. Die von den Gläubigen in den Mittelpunkt gestellte Tatsache, daß ein Mensch um der Gerechtigkeit willen den Tod auf sich genommen hat, stempelte ihn in ihren Augen zum Gott. Darum ist das Unrecht das Furchtbarste, was einem Menschen zugefügt werden kann, und darum ist nichts gewaltiger und ansteckender als die Empörung hierüber. Warum ist die Hinrichtung der beiden Unschuldigen Sacco und Vanzetti ein Ereignis von so ungeheurer Tragweite? Täglich wird Unrecht verübt, täglich werden hier und da auf der weiten Erde Menschen ermordet, ja, vor unseren Augen sind ganze Völker, wie die Armenier, in grausamster Weise gefoltert und getötet worden. Was da geschieht ist und immer wieder geschieht, ist grauenvoll, aber es sind die Taten wilder Tiere, und wir kennen alle das Tier in der Menschenbrust. Das Altertum war ebenso grausam in der Behandlung unterworfenen Völker, aber nicht die im Alten Testament oder in den griechischen und römischen Geschichtsbüchern aufgezählten Massenmorde haben die Welt in ihren Grundfesten erbeben lassen, sondern die legendäre Hinrichtung eines unschuldigen Profetarierjohns aus Nazareth.

Das Schicksal eines sonst ziemlich gleichgültigen Hauptmanns der französischen Armee, des auf die Teufelsinsel verbannten Dreyfus, hat die Menschheit mehr erregt als etwa die belgischen Kongregreuel oder die Opfer des Burenkriegs. Wir wissen, daß jeder von uns der Freiheit zum Opfer fallen kann. Das einzige, was die menschliche Gesellschaft davor bewahrt, daß nicht alle wie wilde Bestien übereinander herfallen, ist der Glaube an die Gerechtigkeit. Wo dieser Glaube erschüttert worden ist, da wurde ein Attentat gegen die Menschheit verübt. Die Bostoner Richter, jene Hyänen mit dem frommen Augenausschlag, haben ein millionenfach größeres Unrecht verübt, als je eins ihrer Opfer zu verüben imstande gewesen wäre, sie haben den Glauben der Menschheit geschändet.

verübt, weil er die Schulhoheit des Staates aufhebt und die Schule zertrümmert, dafür aber mit erhöhten Kosten minderleistungsfähige Schulen schaffen will. Die Versammlung forderte dafür die Gemeinschaftsschule, die im Geiste der Toleranz, auf der Grundlage des deutschen Kulturgesetzes, zu größerer Einheit des Volkes helfen soll.

Sie wollen nicht flaggen...

Die Lugus-Hoteliers pfeifen auf deutsche Gäste.

Wie von „maßgebendster Seite“ des Berliner Hotelgewerbes zu dem Konflikt mit dem Magistrat in der Flaggenfrage mitgeteilt wird, hat das Hotel Kaiserhof es endgültig abgelehnt, anlässlich des am heutigen Donnerstagabend stattfindenden Festessens für den New Yorker Bürgermeister Walker die Reichsflagge zu heben. Gleichzeitig haben sich fast alle bekannten Berliner Hotels mit dem Kaiserhof solidarisch erklärt, und zwar Adlon, Esplanade, Bristol, Continental, Zentral, Färkenhof, Palast, Baltic, Habsburger Hof usw., desgleichen die Saalbetriebe des Zoologischen Gartens. Die Hoteliers erklären, daß sie es ablehnen müßten, sich vom Berliner Magistrat in ein politisches Fahrwasser ziehen zu lassen. Die Stadt Berlin habe kein Recht, derartige „Forderungen politischer Art“ an das Hotelgewerbe zu stellen.

Inzwischen haben auch einige vom Verbands der Funkindustrie eingeladenen Vertreter der preussischen Regierung es abgelehnt, in einem Hotel Feste zu feiern, das die Flagge des Reichs hochkottiert.

Der Arbeitsausschuss der Vereinigung „Republikanische Presse“ hat einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die Vereinigung „Republikanische Presse“ begrüßt den Beschluss des Berliner Magistrats, in Zukunft diejenigen Berliner Hotels zu meiden, die am Verfassungstage nicht in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geflaggt haben, und ebenso die Schritte, die das Auswärtige Amt in derselben Angelegenheit unternommen hat. Die allem internationalen Brauch widersprechende Richtbeflaggung in den Reichsfarben an dem Tage, an dem Reichspräsident und Reichsregierung, Landesregierung und Magistrat im Einklang mit der großen Mehrheit des Volkes die Weimarer Verfassung feiern, bedeutet eine auffällige politische Demonstration gegen Verfassung und Republik. Die Vereinigung „Republikanische Presse“ empfiehlt deshalb ihren sämtlichen Mitgliedern, an Veranstaltungen in denjenigen Berliner Hotels, die am Verfassungstage nicht in den Reichsfarben flaggen, nicht teilzunehmen.“

Die Rentenansprüche der Standesherrn.

Wer bezahlt die lachenden Erben?

Ueber die Entschädigung der Rentenansprüche der großen und kleinen Standesherrn erzählt der „Sozialdemokratische Pressedienst“, daß die Reichsregierung schon in der Septembertagung dem Reichstag einen Entwurf vorlegen will, vorausgesetzt, daß eine Einigung mit der preussischen Regierung zustande kommt. Man sucht ein Kompromiß, dessen Ausfichten verschieden beurteilt werden, da eine prinzipielle Einigung noch aussteht. Während Preußen grundsätzlich die Lösung in Anlehnung an das Gesetz über die Abfindung öffentlicher Anstellungen sucht, dabei aber ausnahmslos die Äquivalenz für Hoheitsrechte einziehen will, vertritt das Reichsjustizministerium den Standpunkt, daß auch die Hoheitsrechte zu einem allerdings herabgesetzten Prozentsatz entschädigt werden sollen und daß ferner gewisse Ansprüche nach dem Gesetz über die Hypothekenaufwertung behandelt werden müssen. Einigkeit besteht darüber, daß alle Streitfälle durch Schiedsprüche beigelegt werden, die beim Reichsgericht und an dem Sitz der Oberlandesgerichte errichtet werden sollen.

Als Emile Zola sein unsterbliches: „Ich klage an“ den Pariser Richtern ins Gesicht schleuderte, war seine Stimme eine schwache Menschenstimme gegenüber einem Millionenchor von Befessenen und Verurteilten. Diese schwache Stimme wurde der Kampfruf der Welt und hat einem unschuldig Verurteilten die Freiheit wiedergegeben. Sacco und Vanzetti werden nicht mehr auferstehen, aber die Hüter der Bankrottens, die sich fälschlich Hüter des Rechts nennen, werden zittern vor dem immer mächtiger anschwellenden Schrei: „Sacco und Vanzetti“, der die Erde erbeben lassen wird. Es ist undenkbar, daß das seelische Erdbeben, das von Amerika aus über die Welt gegangen ist, zur Ruhe gelangt. Wenn ihr, Priester Amerikas, das Bild des Getreuzigten anruft, der nach euren Worten unter Pontius Pilatus um der Gerechtigkeit willen am Kreuz gemordet worden ist, so wird euch der dumpfe Ruf: „Sacco und Vanzetti“ das Kreuz aus der Hand gleiten lassen. Und ihr, Richter, die ihr auf das Evangelium schwören laßt, werdet erbleichen, wenn der Menschheitschrei „Sacco und Vanzetti“ an euer Ohr dringt. „Die Wahrheit ist auf dem Marsch!“ rief Emile Zola. Hier handelt es sich nicht mehr um die längst erwehlene Wahrheit, hier ist ein Weltbeben entsetzt, das die Neue Welt in eine alte Welt verwandelt wird.

Internationale Erziehungsreform.

Jetzt in den Tagen des Schulkampfes bei uns im deutschen Vaterlande hört man mit größerem Interesse, als es sonst vielleicht der Fall gewesen wäre, davon, daß Erziehungsfragen und Fragen der Schulreform auch die Köpfe und Herzen in anderen Ländern beschäftigen. In der ersten Hälfte des August hat in Locarno, dem Ort, der für uns ein Symbol der Völkerverständigung und der Völkereinheit ist, eine Weltkonferenz von pädagogisch Interessierten stattgefunden, die in einem Kreis, der sich „Internationaler Arbeitskreis für Erneuerung der Erziehung“ nennt, zusammengeschlossen sind.

Dieser Kreis ist aus den Räten der Nachtlegzeit heraus entstanden. Er war zunächst ganz klein. Aber die Zahl wuchs mit den Jahren. Im Jahre 1925 auf der Tagung in Heidelberg zählte man bereits 500 Teilnehmer, und jetzt in Locarno zum Weltkongress zur Erneuerung der Erziehung hatte sich die staatliche Zahl von 1200 Personen eingehunden. Die alte und die neue Welt hatten ihre Vertreter entsandt.

Das Hauptthema der Tagung, um das sich die gesamte Diskussion herumrankte, lautete: „Zum Sinn der Freiheit in der Erziehung“. Der Präsident der Tagung, Professor Pierre Bonet, vom „Institut Jean Jacques Rousseau“ leitete die Tagung ein mit einem Referat, in dem er auf die Wichtigkeit der Kenntnis der psychologischen Entwicklungsgesetze des Kindes hinwies und auf die Notwendigkeit seiner aktiven Selbstentfaltung. Berührt einzuwenden in das, was im Rinde werden will und geht ihm dann Hülfeleistung, daß es das von sich aus entfalte, das war etwa der Ton, auf den das Referat gestimmt war. Ein anderer Sprecher, Dr. Adolphe Ferrère aus Genf, der als Vater des Internationalen Arbeitskreises anzusehen ist, sprach über das Thema „Die Disziplin der Freiheit und ihre Erlangung“.

Inzwischen werden Denkschriften vorbereitet, die die Entstehungsgeschichte der standesherrlichen Renten genau untersuchen. Eine dieser Denkschriften ist dem fürstlichen Hause Wittgenstein gewidmet, das sich des Bezuges von neun Renten verschiedener Ursprungs erfreut. Das herzogliche Haus Cron in Dänemark, das seine Besitzungen dem Reichsdeputationshauptschlus aus dem Jahre 1803 verbandt, bezieht 18 000 Mk. Rente. Ein jüngerer Cron verlangt nun die Rente für sich, denn der älteste Agnat hat nicht standesgemäß geheiratet — seine Gattin ist eine simple Amerikanerin —, daher soll dem jungen Herzog die Rente entzogen werden. Aufgabe der Gerichte und des preussischen Finanzministers wird es nun sein, festzustellen, ob tatsächlich eine unebenbürtige Heirat vorliegt, die nach den Hausgesetzen für den jungen Herzog den weiteren Bezug der Rente ausschließt. Das fürstliche Haus Salm ist unerwartet in den Besitz einer großen Rente gelangt. Ein Fürst Salm-Nyburg ist eine Resalianceehe eingegangen, seine Kinder sind von dem Rentenbezug ausgeschlossen. Nach der Erbe — nach den Hausgesetzen — ist der Familienverband der Fürsten Salm.

Sollte der preussische Standpunkt nicht durchdringen, so wird eine gesetzliche Regelung kaum erfolgen. Die Standesherrn werden dann sofort die ordentlichen Gerichte mobilisieren und ihre Ansprüche schleunigst durchzusetzen suchen.

Bestrafte Flaggenhändler.

Gefängnis für Verbrennung einer schwarzrotgoldenen Fahne in München.

München, 24. August. (W.T.B.)

Am 28. Mai dieses Jahres, am Tage des verbotenen Reichsbannerfestes in München, war die am Gewerkschaftshaus angebrachte schwarzrotgoldene Fahne verbrannt worden. Als Täter wurden Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ermittelt. Sie hatten auch ein Plakat mit der Aufschrift „Befreiung Deutschlands“ mit dem Reichsadler und dem Hakenkreuz angehängt. Zwei der Angeklagten wurden nunmehr wegen Sachbeschädigung und unbefugten Plakatanschlagens zu je 14 Tagen Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, drei weitere Angeklagte, die aufgepaßt hatten, zu je einer Woche Gefängnis und 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Die Besatzungsdiskussion.

Bisher keine Einigung.

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ zuverlässig hört, ist über die Herabsetzung der Besatzungstruppen noch keine Einigung erzielt; man hat vielmehr den Eindruck, daß sich der Gegensatz der Auffassungen in Paris und London eher zugeespitzt hat. Frankreich will nicht unter 50 000 Mann heruntergehen, und zwar sollen die noch in Deutschland stehenden Teile des 33. Korps und der 41. Division verschwinden; gewisse Einheiten der 41. Division sollen auf die verbleibenden vier Divisionen verteilt werden. Dagegen wünscht England, das eine getrennte Verminderung der Truppenzahl um mehr als ein Fünftel anstrebt, die Beibehaltung des paritätischen Charakters der Besatzung und die Herabsetzung der alliierten Kontingente nach einem einheitlichen Schlüssel. In London hat man besonders darauf hingewiesen, wie sehr die deutsche öffentliche Meinung von einer starken Verminderung nur des englischen Besatzungsheeres enttäuscht werden würde, wenn nicht zu gleicher Zeit eine der Stärke der französischen Besatzung angemessene Truppenverminderung erfolgt. Banderweide neigt mehr zum englischen Standpunkt.

In Berlin herrscht augenblicklich ein gewisser Pessimismus in der Besatzungsfrage vor. Man hält es durchaus nicht für sicher, daß bis zum Beginn der Völkerverständigung eine Einigung zwischen Paris und London erfolgt ist und hat den Eindruck, daß die englische Regierung diesmal entschlossen ist, den französischen Willkürkräftigeren Widerstand zu leisten.

Von den Rednern deutscher Zunge muß die Leiterin der deutschen Mittelstelle Frau Dr. Elisabeth Kotten erwähnt werden, deren Ausführungen sich ebenfalls mit dem Freiheitsproblem befaßten. Sie wies auf den ethischen Wert hin, den eine richtig gewährte Freiheit enthält und auf die sittlich-religiöse Wirkung, die jeder für sich selbst aus wahrer Freiheit zu seinem Nutzen gewinnen kann. Wilhelm Paulsen ging auf das Thema der gesellschaftlichen Bindung der Erziehung ein. Zwar könne der Mensch sich nicht, so meint er, der Gesellschaft entziehen, die das eigentliche Leben im Menschen verewaltigt, aber es müsse versucht werden, die Gesellschaft neu, natürlich und gesund zu ordnen, und der Anfang dazu sei beim Kinde zu machen. Seine Thesen gipfelten zum Schluß darin, daß das Kind ein „Bildender“ sein solle, kein „Gebildeter“, ein „Suchender“, kein „Verlichter“, ein „Weter“, kein „Anbieter“.

Aber auch der praktische Gestaltung der pädagogischen Reform ging man auf dieser Tagung nicht aus dem Wege. Neben den Amerikanern, die viel von ihren Schulreformen zu sagen wußten, waren es vor allem zwei Deutsche, die das Ohr der Teilnehmer fanden: Dr. W. W. W. W., der Gründer der „Freien Schulgemeinde Wickersdorf“, und Professor Peter sen, der Vater des unter dem Namen „Aena-Pian einer freien allgemeinen Volksschule“ bekannten pädagogisch-organisatorischen Programms. Dr. W. W. W. hielt verhältnismäßig mit seinen Darlegungen ab, anders Professor Peter sen. Professor Peter sen versuchte in kurzen Zeitspahren sein an der Jenaer Universitätschule erprobtes Einheitschulsystem wiederzugeben. Die Voraussetzung seines Schulsystems ist die, daß sich die kindliche Eigenart innerhalb einer Gemeinschaft unbehindert entfalten darf, die auf den drei Säulen des Zusammenschlusses der Kinder, der Eltern und der Lehrer beruht.

Wie bei allen solchen Referaten, als in der engeren Zusammenarbeit in kleinen Zirkeln. In vielen kleinen Arbeitsgruppen wurden denn auch während der Tagung des Weltkongresses fast alle einschlägigen pädagogischen Fragen erörtert, so die Fragen der Lehrerbildung und der Lehrerpersönlichkeit, die Sonderfragen des Geschichtsunterrichts, die Fragen der künstlerischen Erziehung und anderes mehr.

Die Fernwirkungen dieses Weltkongresses werden nicht ausbleiben. Dafür bürgt das hohe geistige Niveau, auf dem die Tagung stand und dafür bürgt der geistige Schwung, der sie befeuert hat.

Ein echter Brief. Der „Vorwärts“ brachte in Nr. 390 und 392 eine Novelle „Chaim“ von Jakob Pat. Die schönste Stelle dieser Novelle ist ein rührender Abschiedsbrief eines zum Tode Verurteilten an seine Mutter. Von einem Kenner der russischen revolutionären Literatur werden wir nun darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Abschiedsbrief ein authentisches Dokument ist. Es ist dies der im August 1905 in vielen russischen und auch ausländischen Parteiblättern abgedruckte Abschiedsbrief des in der Schöffelsburger Festung hingerichteten Chaim Gershtowitsch.

Nobels Hindemith wurde, nachdem er drei Jahre als erster Solocellist an der Wiener Staatsoper und als Lehrer an der böhmischen Akademie und ebenso lange mit seinem Bruder Paul Hindemith im Hindemith-Internat gewesen ist, als Lehrer der Musikabteilung an das badische Konservatorium für Musik in Karlsruhe verpflichtet.

Seipel-Hartlebs Blamage.

Kotau im Kreml.

In der Debatte des Nationalrats über die Wiener Bluttage hatte der Vizekanzler Hartleb, ein allerdings sehr simpler Bauerngastwirt aus St. Georgen in Steiermark, die Russen Leningel und Rappoport als solche hingestellt, die die Arbeiter gegen die Polizei gehetzt hätten und darum die eigentlichen Schuldigen seien. Diese beiden Angehörigen der Berliner Sowjethandelsmission waren am 14. Juli auf Einladung der Stadt Wien hingekommen, um Verhandlungen über Wiener Industrie-Export nach Rußland fortzusetzen, den die Gemeinde Wien durch Gewährung einer Ausfallgarantie nach dem Vorbild des Deutschen Reiches fördern will, um die Arbeitslosigkeit herabzubringen!

Natürlich ließ sich die russische Regierung diese Heherei und Anpöbelung nicht gefallen und nun meldet die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion aus Moskau:

Der österreichische Geschäftsträger in Moskau gab heute im Namen der österreichischen Regierung in der Abteilung „Zentral-europa“ des Außenkommissariats eine Erklärung ab, wonach die Verdächtigungen, die in dem vom Vizekanzler Hartleb im Nationalrat verlesenen Polizeibericht erwähnt waren und sich gegen die Angestellten der Sowjethandelsvertretung in Berlin Leningel und Rappoport richteten, die zu Verhandlungen mit der Wiener Gemeinde nach Wien entsandt worden waren, sich als vollkommen unbegründet erwiesen haben.

Der arme Geschäftsträger mußte also förmlich wie jener Sühnepinz Kotau machen, den das chinesische Kaiserhaus nach der Ermordung des deutschen Gesandten v. Ketteler durch Aufständische (Boxer) nach Peking senden sollte. Wie aus der Moskauer Meldung hervorgeht, hat die Wiener Regierung die Schuld auf den Polizeibericht abgehoben, den der gute Hartleb nur verlesen hat. Verantwortlich für diesen Polizeibericht ist aber der Herr Präsident Schober, dem die Seipelregierung soeben noch einmal feierlich Dank und Anerkennung ausgesprochen hat. Herr Schober hat gerade noch gegenüber der „Arbeiter-Zeitung“ öffentlich versichert, er flebe nicht an seinem Amt und habe schon oft seine Entlassung erbeten. Vielleicht verhilft ihm diese gründliche Blamage zur Erfüllung dieses Wunsches, den übrigens Hunderttausende Wiener mit ihm teilen.

Die Explosion in Chicago.

Konkurrenzmittel von Scheimbrennerien!

Chicago, 24. August. (W.T.B.)

In der vergangenen Nacht erfolgte hier eine Bombenexplosion, durch die drei Gebäude zerstört wurden. Die Polizei glaubt, daß es sich nicht um eine mit den Demonstrationen gegen die Hinrichtung Saccos und Banzettis im Zusammenhang stehende Angelegenheit handele. Man vermutet vielmehr, daß die Bombe von Leuten herrührt, die heimlich Alkohol und alkoholartige Getränke herstellen und die miteinander in Konkurrenz standen. Die Polizei fahndet nach drei Leuten, die an der Stelle, wo die Explosion erfolgte, gearbeitet hatten.

Von den drei Toten der I. L. Unions-Meldung ist hier keine Rede mehr!

Zusammenstöße in Lyon.

Paris, 24. August. (W.T.B.)

Heute nachmittag hielten in Lyon die dortigen sozialistischen Gewerkschaften eine Protestkundgebung gegen die Hinrichtung von Sacco und Banzetti ab. Als sie sich im Zuge zum „Deumot der Republik“ begeben wollten, um dort einen Kranz niederzulegen, wurden sie von einer Gruppe kommunistischer und anarchistischer Elemente angegriffen, die ihnen den Kranz zu entreißen suchten. Polizei mußte die im Handgemenge miteinander liegenden Gegner trennen.

Zusammenarbeit der Minderheitsvölker.

Empfehlungen des Genfer Kongresses.

Genf, 24. August. (Eigenbericht.)

Am Mittelpunkt der Mittwochmorgensitzung des Minderheiten-Kongresses stand ein ausführliches Referat des Abg. Schmidt-Wodder (Deutscher aus Dänemark) über die „inner- und zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Minderheitsvölker“. Ueber die entsprechenden

Arbeiten der Kommission für Zusammenarbeit

berichtete Rohlin-Paris. Er begründete folgende Resolution:

1. Der Kongreß erachtet es als eine Pflicht der nationalen Minderheiten, daß sie in jedem Lande streben, zur Entwicklung freundschaftlicher gegenseitiger Beziehungen und zu gemeinsamem Vorgehen auf den Gebieten der Minderheitenforderungen, insbesondere in der Beteiligung an den gesetzgebenden Körperschaften sich in irgendeiner Form zu verbinden bzw. zu verständigen und untereinander zu unterstützen;

2. Der Kongreß spricht sich dafür aus, daß die nationalen Minderheiten in allen internationalen Körperschaften und Kongressen, insoweit Minderheitenfragen zur Sprache kommen, zu einem Einvernehmen zu gelangen bestrebt sein sollen und in der Wahrung der Rechte der Minderheiten einander unterstützen sollen;

3. Der Kongreß drückt den Wunsch aus, daß die Leitungen der nationalen Minderheiten bestrebt sein sollen, für ihr Volkstum mit Bezug auf ihre Rechtsforderungen offizielle Organe zu schaffen, um damit die Meinung der offiziellen Leitungen auszubringen. Der Kongreß spricht die Hoffnung aus, daß diese Organe im Geiste der Minderheitenkongresse redigiert sein und als eines der größten Friedensmittel zur gegenseitigen Annäherung und Verständigung der Völker dienen werden.

Die durch Racymarek (Polen aus Deutschland), Dr. Pant (Deutscher aus Polen), Durant (Katalonier), Reich (Jude aus Polen), Kurischinski (Preuße aus Estland) und Kurod (Jude aus Lettland) warm befürwortete Resolution wurde einstimmig angenommen.

Echtheliche Zusammenstöße auf dem Kongreß

gab es heute nachmittag. Zunächst sagte Vorsitzender Dr. Wilfan, wahrscheinlich auf Veranlassung der polnischen Delegierten, die Rede eines Abgeordneten, der wohl zum erstenmal auf dem Kongreß sei, zeige, daß dieser die Tonart der Konferenz noch nicht hinreichend erkenne. Gemeint war Dr. Pant, der in seiner überaus sachlichen Rede über das Prinzip der Solidarität feststellte, daß verschiedene polnische Vorkämpfer in Kattowitz gegen die Gemeinschaftsarbeit der Minderheiten das Prinzip der Solidarität gefährdeten.

Nach diesem Zwischenfall sprach der Deutsch-Beitrag Dr. Boren über die Statistik der Nationalitäten. Er verwurft die bisherigen Methoden und verlangte eine durch Minderheiten-Fachleute ausgeführte, vom Staat unterstützte Statistik. Bevor die Debatte über eine

Der deutsch-französische Vertrag.

Einzelheiten aus dem Vertrag. — Meistbegünstigung und Zollabbau. — Die Aussichten für die deutsche Industrie.

Die deutsch-französischen Verhandlungen, die seit 2 1/2 Jahren fast ununterbrochen im Gange waren, um den Handelsverkehr der beiden großen Nachbarländer wieder in geregelte Bahnen zu lenken, sind durch den Abschluß des Handelsvertrages endlich von wirklichem Erfolg gekrönt worden. Das Abkommen stellt, wie berichtet, wohl in der Geschichte der modernen europäischen Handelspolitik das schwierigste Vertragswerk dar. Der Handelsvertrag, der jetzt in einem stattlichen Aktenbunde von mehr als 200 Seiten vorliegt, und nach Genehmigung durch Reichstag und Handelspolitischen Ausschuß einerseits, das französische Parlament andererseits, am 6. September in Kraft treten soll, stellt wenigstens in seiner fast vollständigen Berücksichtigung der beiderseitigen wichtigsten Ausfuhrinteressen und seiner zweijährigen Dauer eine Grundlage dar, auf der die beiden Länder auch auf ökonomischem Gebiet zu der notwendigen Zusammenarbeit gelangen können. Um zu einer richtigen Beurteilung der zu überwindenden Schwierigkeiten und der durch den Vertrag sich bietenden Zukunftsaussichten zu gelangen, ist es nötig, die seit der Vorkriegszeit in Frankreich eingetretenen Wirtschaftswandlungen und die entsprechenden Veränderungen in seinem ausländischen Warenverkehr kurz zu streifen.

Hemmungen des Vertragsabschlusses.

In Frankreich hat sich der Industrialisierungsprozeß, der natürlich auch schon in der Vorkriegszeit im Fortschreiten war, in viel rascherem Tempo fortgesetzt als in irgendeinem anderen Lande. Durch die Erwerbung Elsas-Lothringens hat die französische Groß- und Textilindustrie entscheidenden Zuwachs erhalten. Die französische chemische Großindustrie sowie Farbenherstellung ist erst im Kriege fast von Grund auf aufgebaut worden. Die Maschinenindustrie hat gegenüber der Vorkriegszeit ihren Produktionsumfang verdoppelt, die Elektroindustrie fast verdreifacht. Der Auslandsabsatz dieser Industrien konnte sich, begünstigt durch die Inflation, noch in größerem Umfange ausdehnen.

Der Rückgang der Ausfuhr nach Frankreich.

Der französische Export hat sich von 5 1/2 Milliarden Mark auf 8 Milliarden im Vorjahr gehoben, hat sich trotz Wegfall der Salutarämie im laufenden halben Jahre kaum geholt und steht erheblich über dem Vorkriegsexport. Die französische Gesamteinfuhr ist nur in geringerem Umfang von 6,8 auf etwa 8 Milliarden Mark gestiegen. Diese geringe Zunahme ist bei erhöhter Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr auf eine enorme Beschränkung des ausländischen Fabrikatebezuges zurückzuführen. Die industrielle Entwicklung Frankreichs, die in steigender selbständiger Deckung des Innenmarktes und wachsendem Ausfuhrdrang zum Ausdruck kommt, hat die deutschen Interessen ganz besonders schwer betroffen. Die deutsche Vorkriegsausfuhr nach Frankreich bestand zu mehr als der Hälfte aus hochwertigen Industriewaren, die den gesamten französischen Fabrikatebezug zu mehr als ein Drittel deckten. Jetzt ist gerade der deutsche Fertigwareneport außerordentlich zusammengeschrumpft. Er betrug nach der deutschen Statistik im vergangenen Jahre nur noch 100 Millionen gegenüber 500 Millionen im letzten Vorkriegsjahr. Es scheint nun bei der veränderten Sachlage unmöglich, daß die verarbeitende Industrie Deutschlands auf dem französischen Markt ihre überragende Vorkriegsposition wiedergewinnt. Trotzdem kann die deutsche Industrie hoffen, nunmehr wieder auf dem französischen Markt konkurrenzfähig zu werden.

Die deutsch-französische Wirtschaftsverständigung stand anfänglich ganz in dem Schatten der Interessengegensätze der Großindustrien, besonders der Groß- und chemischen Industrie. Die deutschen Unterhändler hielten es für richtig, der Privatwirtschaftlichen Verständigung der großen Konzerne den Vortritt zu lassen. Es wäre töricht, die große Bedeutung der deutsch-französischen Industrieverständigung für die politische Entspannung und wirtschaftliche Befriedung Europas zu verkennen. Handelspolitisch wurde freilich

die Stellung der Unterhändler erschwert.

da von vornherein bedeutsame Kompensationsobjekte aus dem Spiel hielten mußten. Für die innere deutsche Wirtschaft endlich hat die internationale Kartellierung schwere Belastungen gebracht. Der Eisenpakt hat durchaus nicht zu der völligen Angleichung des Auslands- an den Inlandspreis und damit zur Wirkungslosigkeit des Zolles geführt; Curtius' Hoffnung ist also gescheitert. Ganz im Gegenteil ermöglicht der Kartellschutz und der hohe Zoll der deutschen Eisenindustrie ein weit über den Weltmarktpreis erhöhtes Preisniveau. Das zweite internationale Kartell, der Kartellpakt, hat mit der unbeschränkten Ueberlassung der Inlands- markt gleichzeitig der überpannten Preispolitik des deutschen Kartellrats Vorschub geleistet. Bei der jüngsten Verständigung der Großchemie der beiden Länder hat sich in höherem Maße die Junge, erst in den Kriegsjahren entstandene französische chemische Industrie geltend gemacht, indem sie auf wichtigen Gebieten die Konkurrenz auf dem freien Markt durch direkte Belieferung der deutschen Werke an die französischen Verbände ausschloß.

Das neue Tarifabkommen berücksichtigt nun fast neun Zehntel des deutschen Exportinteresses.

von ihm vorgebrachte Resolution eröffnet werden konnte, erklärte Racymarek

im Namen der in Deutschland lebenden Minderheitsvölker den Austritt aus dem Kongreß.

der seinen Sinn nicht erfüllte. Der reichsdeutsche Däne Christianen, der vor allen Dingen die Zurückweisung des Aufnahmegesuches der friesischen Gruppe als Grund angab sowie ein Pole aus einem anderen nichtpolnischen Staat schlossen sich der Erklärung an. Präsident Dr. Wilfan bedauerte diese Erklärung, betonte aber, daß durch sie die gesunde Idee des Kongresses nicht gebrochen werden könne.

Zu dem Ausscheiden der im Verbands der nationalen Minderheiten in Deutschland zusammengeschlossenen Gruppen, das mit der Ablehnung der Aufnahme der friesischen Minderheitengruppe begründet wurde, wird aus maßgebenden Konferenzkreisen folgendes mitgeteilt:

Die Aufnahme der friesischen Minderheitengruppe ist vom Präsidium abgelehnt worden, da der statutenmäßige notwendige Beschluß der friesischen Minderheit, sich zu einer Minderheitengruppe zusammenzuschließen, nicht vorlag. Vielmehr hat die weit überwiegende Mehrheit der friesischen Bevölkerung es abgelehnt, sich als eine Minderheit in Deutschland anzusehen. Aus diesem

Nur für einen kleineren Teil konnten die französischen Minimal- sätze ausgehandelt werden. Unter diese Waren fällt der deutsche Export von lebendem Vieh und tierischen Nebenprodukten, die wichtige Holzlieferung Frankreichs, Kartoffelmehl und Kartoffelstärke genießen gleichfalls den französischen Minimaltarif, wie wichtige chemische Produkte, zum Beispiel Nagnatron, Tonerde und vor allem Stickstoff, der demnach zollfrei eingeführt werden kann, während der neue Mischblinger der IG. nur einen niedrigen Zoll genießt. Für die ganze Textilindustrie ergeben sich bei vernünftiger Preisstellung gute Exportmöglichkeiten, da sie die Mindestzölle genießt. Es ist gelungen, die viel höher geplanten Sätze des Botanomski-Entwurfes zu umgehen. Nullinstrumente endlich stehen nach der Liste A; freilich sind die Aussichten bei Minimalzöllen von 35 bis 45 Proz. des Wertes für den Export nicht übermäßig.

Das Kernstück des Abkommens ist die Liste B. Diese legt auf den wichtigsten Gebieten neue wesentlich höhere Minimalsätze fest, die Frankreich in den nächsten Tagen auf Grund seines Ermächtigungsgesetzes gegenüber allen Ländern in Kraft setzen wird. Man schafft damit einen neuen französischen Zolltarif. In diesem neuen Minimaltarif ist die überwiegende Anzahl der deutschen Qualitätserzeugnisse enthalten, vor allen Dingen sind die Einfuhrzölle geregelt für die Maschinen- und Elektroindustrie, der überwiegende Teil der Großchemie und Farben (das bisherige Farneinfuhrverbot ist aufgehoben) und zahlreiche deutsche Veredelungsindustrien, wie die Kleinfleisch-, Glas-, Porzellan-, Keramik-, Opit- usw. geregelt. Von geringfügigen Ausnahmen abgesehen ist gegenüber dem geplanten Hochschutzzolltarif jedenfalls ein wesentlicher Abschlag festzustellen, freilich ist, wie erwähnt, der bisherige

Die Sätze gegenüber dem bisher geltenden französischen Minimaltarif durchweg erhöht.

Wie weit diese neuen Minimalsätze im einzelnen der deutschen Exportindustrie ein stärkeres Eindringen in den französischen Markt ermöglichen, läßt sich nicht übersehen. Jedenfalls dürfte auf wichtigen Gebieten der Papier-, Maschinen-, auch Kleinfleischindustrie

die Konkurrenzfähigkeit wiedergegeben

sein. Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß Frankreich sich bisher in handelspolitischer Isolierung befand, und Deutschland als erster Vertragspartner nur einen Teil des zollpolitischen Rüstzeugs der französischen Industrie abgeben konnte. Die nächsten Verhandlungen, vor allem mit Belgien, Holland und der Schweiz, werden mit gleichem Nachdruck geführt und einen weiteren Ausbau der französischen Zollsätze bringen, der dann automatisch auf Grund der Meistbegünstigung auch uns zugute kommt.

Die deutschen Konzessionen

betreffen einmal die Weineinfuhr, in der Frankreich die italienischen Vertragsätze mit 32 R. und 45 R. je Hektoliter zugestimmt erhält und in dem Jahreskontingent von 360 000 Tonnen weitesten Spielraum besitzt. Auch Spirituosen sind im Zoll herabgesetzt. Ein kleiner Abbau der hochgeschraubten Textilzölle ist eingetreten, die Garnzölle sind freilich nur ganz unerheblich abgebaut, so daß die Baumwollgarnzölle noch immer erheblich über dem Vorkriegsniveau liegen. Stärkere Konzessionen mußten für die Wollgewebe, besonders für die eisässigen Fabrikate (Wollmullerlein), eingeräumt werden. Auch bei diesen Sätzen kann von einer Gefährdung der Industrie nicht die Rede sein. Die deutschen Seidenzölle, die im Schweizer Handelsvertrag nur sehr geringfügig herabgesetzt wurden und heute im Durchschnitt mehr als 20 Proz. betragen, sind auf etwa 17 Proz. ermäßigt worden; ferner ist man französischen Spezialindustrien, wie der Porzellan- und Fayencen-Herstellung, Uhrenleien sowie den französischen Luxusindustrien, speziell Seifen und Parfümerien, mit Abschlägen von 5 bis 15 Proz. entgegengekommen. In einem sehr wichtigen Punkte, dem Mehlzoll, hat man nur den früheren Satz von 11,50 M. wiederhergestellt. Es ist dringend zu fordern, daß die Regierung ihre Versprechen, die willkürliche Heraushebung des Mehlzolles wieder abzubauen, bei den bevorstehenden kanadischen Verhandlungen einhält.

Neben dem eigentlichen Tarifabkommen ist die umfassende Regelung der gesamten Handelsbeziehungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Hier wäre zu erwähnen die gegenseitige Zulassung der Aufhebung sämtlicher Ein- und Ausfuhrverbote, die Regelung des Niederlassungsrechtes, der freien Schifffahrt und die Eingeständnis der Meistbegünstigung auch auf allen Nebengebieten, wie Zollberechnung, Zollformalitäten, Frachttarife, Durchgangsverkehr usw.

Die deutsch-französische Handelsverständigung ist auf zollpolitischem Gebiete noch weit entfernt von den Richtlinien des Zollabbaues, die man in Genf sah. Jedenfalls bleiben als große Vorteile die gegenseitige Meistbegünstigung, die langfristige zweijährige Dauer und in der Absicht wenigstens ein Abrücken vom sinnlosen Ueberprotektionismus, der die wirtschaftliche und zugleich die politische Verständigung der beiden Nachbarländer bisher verhindert hat.

Grunde mußte die von der polnischen Minderheitsgruppe beantragte Aufnahme einer besonderen friesischen Minderheiten- gruppe abgelehnt werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die polnischen Minderheitengruppen in Lettland und der Tschechoslowakei sich dem Vorgehen der polnischen Minderheit in Deutschland nicht angeschlossen haben und nach wie vor im Kongreß verblieben sind.

Polen befolgt endlich die Entschiede Calonders.

Kattowitz, 23. August.

Nachdem die polnischen Behörden seit zwei Jahren die Öffnung einer deutschen Minderheitsschule in Brzozowitz, Kreis Schenstochowitz verhindert hatten, ist endlich auf Grund einer Entscheidung des Präsidenten Calonder die Öffnung von der Wojwodschafft sich erpesselt und die vor zwei Jahren angemeldeten 41 Kinder müssen nunmehr der Schule zugeführt werden. Seit einiger Zeit werden die Entscheidungen Calonders von den polnischen Behörden respektiert.

Die Räumungen, die vor drei Monaten einer Anzahl deutscher Lehrer an den höheren Schulen in Kattowitz und Königs- hütte ausgesprochen wurden, sind von der Wojwodschafft zurück- gezogen, da es trotz der Zulassung des Wojwodden, daß genügend geeignete Lehrkräfte für die Minderheitsschulen vorhanden seien, nicht gelungen ist, die gefälligen Lehrkräfte zu ersetzen, obwohl die Stellen mehrfach ausgeschrieben worden sind.

Siedler unter Wasser.



Tote Gärten. — Seit sieben Monaten unter Wasser.

Die ursprüngliche sommerliche Erholungsstube da draußen vor den Toren der Stadt ist bei vielen Siedlern längst zur ständigen „Bleibe“ geworden. Lieber kumpelt man noch dürstiger als bisher, lieber läuft man täglich den oft langen und beschwerlichen Weg von und zur Arbeitsstätte, als das ewig drohende Damoklesschwert des Hausgestrenghens mit all seinen Härten über dem Haupt zu fühlen. Und dann ist da auch noch ein wenig Licht und Freude mit dabei. Das selbst gepflanzte Obst und Gemüse, die Blumen, das frische Grün und die gute, reine Luft und Sonne nach all dem Staub und Dreck, den man jahraus, jahrein den ganzen Tag über in sich hineinschleppt. Aber, wie schon ein alter Baumeisterspruch sagt, „zum Bauen gehört Geld“. Und ein paar norddürftig zurechtgeschusterte Bohlenstangen, auch selbst die ordnungsmäßig aufgebauten Puppenhäuschen halten Wind und Wetter natürlich nur ungenügend Stand. Und dann, was die Hauptsache dabei ist, es fehlt halt wieder einmal das feste Fundament. Die Bodenbeschaffenheit all dieser Wiesen- und Felder, die von den Siedlern einfach zum Baugelände erhoben wurden, ist keine solche, um einen stabilen Baugrund darzustellen. Der lockere, lehmige oder moorige Boden gibt naturgemäß großen Feuchtigkeitmengen nach und das Wasser, das durch keinerlei Kanalisation in Abflusshäusen geleitet wurde, staut sich, unterpflückt die Keller, überschwemmt die Gärten und all die mühsame Arbeit und Freude der Bewohner ist mit einem Schlage vernichtet. Der diesjährige regenreiche Sommer mit seiner unangenehmen Gefolgschaft von Wolkenbrühen meinte es mit den Kleinhäusern besonders schlecht. Tagtäglich erwähen von allen Seiten verzweifelte Hilferufe in die Dossentlichtheit.

Ein besonders trostloses Bild solcher Regenverwüstung bietet das Gelände, das sich von Marienfelde längs der Lichtenrader Chaussee nach Lichtenrade zieht. Die ganze Chaussee hat sich in ein Wasserbett verwandelt, das sich in einer Länge von mehreren hundert Metern fluchtartig dahinzieht, alle in unmittelbarer Nähe liegenden Gärten samt Obstbäumen ebenfalls unter Wasser gesetzt hat und den Zugang zu den Häusern einfach aufhob. Die Leute müssen, um in ihre Wohnungen zu gelangen, Schuhe und Strümpfe in der Hand, durchs Wasser waten,

die ganze Ernte ist vernichtet, im Keller, wo das Wasser steht, verfault Gemüse und Kartoffeln und außerdem bringt diese starke Feuchtigkeit natürlich eine Gefährdung der Gesundheit mit sich. Etwas Ähnliches gibt es in Ruhlsdorf bei Zeltow. Hier stehen seit Monaten die Keller von drei



Keller eines Hauses der Sputendorfer Straße.

häusern 30—60 Zentimeter unter Wasser, ebenso sind auch hier die Gärten überschwemmt und alles Obst und Gemüse vernichtet. Hier handelt es sich um Häuser, die zum Teil schon seit 25 Jahren stehen und bisher noch niemals unter derartigen Überschwemmungsschäden zu leiden hatten. Die Ursache wird in diesem Falle auf steigendes Grundwasser zurückgeführt, das vom Bauen eines Brunnens herrührt. Man kann sich die Verzweiflung der Bewohner wohl vorstellen, deren bischen Hab und Gut, das sie sich unter allerlei Entbehrungen erworben haben, ganz plötzlich und noch dazu auf lange Zeit hinaus vernichtet wurde. Die Lebensfähigkeit und vor allem die Tragfähigkeit der Obstbäume ist in den meisten Fällen gänzlich zerstört. Einer der Siedler hatte sich erst im vorigen Jahre für 350 Mark Obstbäume gekauft, die jetzt vernichtet sind. Abhilfe zu schaffen wäre natürlich nur im Wege der Kanalisierung des Terrains möglich, doch mangelt es den Siedlern hierzu am nötigen Kleingeld. Man kann also nur hoffen und wünschen, daß bessere Witterungsverhältnisse den Jammer beenden.

Fahrpreismäßigung auf der Reichsbahn.

Wer sie erhalten kann!

Nach den neuen Beförderungsbestimmungen genießen eine ganze Reihe von Fahrgästen auf der deutschen Reichsbahn eine Fahrpreisermäßigung, die sich teilweise auf den halben Fahrpreis, in einzelnen Fällen sogar auf freie Fahrt erstreckt. Zweifellos sind diese Personenzüge größer, als man allgemein annimmt. Im Nachfolgenden sollen die hauptsächlichsten Kategorien genannt werden und die Bedingungen, die zur Fahrpreismäßigung führen.

Bei Ausflügen zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken werden Studierenden der akademischen Anstalten, Schülern von Fachschulen und öffentlichen Schulen bei einer Mindestteilnehmerzahl von 10 Personen halbe Fahrpreise für die 3. und 4. Wagenklasse gewährt, den Studierenden auch solche für die 2. Klasse. Bei Besichtigung von Kindern in Ferienkolonien gilt ebenfalls die Ermäßigung bis zur Hälfte in der 3. und 4. Klasse für Eltern- und Personenzüge, auch die mitreisenden Begleiter bekommen die gleiche Vergünstigung. Jugendgruppen von behördlich anerkannten Vereinen werden bei einer Mindestzahl von 10 Personen bei einer Mindestentfernung von 10 Kilometern ebenso befördert.

Die Mitglieder von Theatern und Orchestern gemeinnütziger Art, Angehörige von Vereinen, die sich der öffentlichen Krankenpflege widmen und ebensolche, die als Leiter und Pfleger der Bahnhofsmission Berufsvorhaben unternehmen, haben bei entsprechenden Personalausweisen Vergünstigung auf halbe Fahrt in den unteren Klassen. Ein Akt öffentlicher Fürsorge ist es, wenn die Reichsbahn mittellosen Kranken und den kranken Kindern Erwerbsloser bei Aufnahme in öffentlichen Anstalten, bei Besuchbehandlung und Ueberführung in Heilstätten die genannte Ermäßigung gewährt, sofern ein Attest auf Mittellosigkeit beigebracht wird. Dasselbe gilt auch für Jünglinge von Blindenanstalten, Waisenhäusern, mittellose Blinde, Taubstumme, Schwerhörige und deren Begleitpersonen, soweit sie unbedingt nötig sind.

Soweit eine amtlich anerkannte Dienstbeschädigung vorliegt, erhalten Kriegsbeschädigte die bisher erwähnte Fahrpreisermäßigung. Das Zeugnis muß vom Arzt oder der amtlichen Fürsorge ausgestellt sein. Soldat: Kriegsbeschädigte, die sich durch amtliches Zeugnis ausweisen, daß sie sitzen müssen, zahlen den Preis für 4. Klasse bei Benutzung der 3. Klasse. Der Begleiter eines Schwerkriegerbeschädigten, der die Bescheinigung der Ortsbehörde über die Notwendigkeit der Begleitung beibringt, erhält die Fahrt frei. Auch die Beförderung der Führerhunde bei Kriegsblinden ist frei, wenn der Blinde Inhaber eines Eisenbahnausweises für den genannten Zweck ist.

Die Bestimmungen über die Ermäßigung bei Schülermonatskarten, Arbeiterwochenkarten, Schüler- und Arbeiterrückfahrkarten und Arbeiterkarten für Winnenfahrer sind ja allgemein bekannt, daß sie nicht besonders hervorzuheben sind.

Die Bahn gibt ferner Schülerferienkarten zu halben Preisen und solche für die Besichtigung von Stadtkindern aufs Land. Auch Kleingärtner sind Nutznießer der Vergünstigung, wenn die Höchstenentfernung zu ihrem Grundstück nicht über 40 Kilometer beträgt und dieses nicht über 2500 Quadratmeter Größe hat.

Die Silberwärme

Von Rex Beach

[Nachdruck verboten]

Katzenbachs Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Roppel

Inzwischen waren sie zu Emersons Hotel gekommen und er führte sie ins Restaurant, wo er, während sie aßen, seine Erlebnisse schilderte, von dem Tage an, als er ihr im Schnee in Kalixt Bewohlt gelogt hatte. Sie hatten ihre Mahlzeit beendet, bevor er mit seinem Bericht fertig war.

„Heute ließ Hilliard mich zu sich rufen und teilte mir ohne Umschweife mit, daß die Bank mir die Anleihe, die er mir versprochen hatte, nicht geben könne, obgleich ich auf Grund seines Versprechens bereits alle Bestellungen an Material und Borräten gemacht hatte.“

„Hat er Ihnen einen Grund für sein Verhalten angegeben?“

„Er gab allerhand Gründe an, aber er kleidete sie in so viele Redensarten, daß das Ganze in Nebel verschwamm. Aus dem Dunkel ging nur das eine hervor, daß er kein Geld geben wollte. Er sagte, daß die Bank überlastet sei und daß der Vorstand seine Einwilligung nicht gegeben hätte. Es ist erstaunlich, wie geschickt ein Bankdirektor sich hinter dem Vorstand verschanzten kann.“

„Und dennoch hatten Sie, wenn ich Sie recht verstanden habe, die ganze Produktion im voraus zu festgesetzten Preisen verkauft.“

„Ganz richtig.“

„Die Bank hätte also volle Sicherheit gehabt! Seltsam! Auf irgendeine Weise oder müssen wir das Geld schaffen, sonst sind wir ruiniert.“ fügte Cherry entschlossen hinzu. „Das sind wir“ stimmte Boyd mit einer verzweifelten Grimasse bei.

Cherry lachte. „Herr Hilliard und ich haben uns heute Vormittag nur auf den Zahn gefühlt. Ich soll um vier Uhr wieder zu ihm kommen.“

Cherrys Anwesenheit hatte außerordentlich belebend auf Boyd eingewirkt. Ihr strahlendes, lebhaftes Gesicht ihm gegenüber am Tische stößte ihm eine Art frohen Mutes ein, wie er ihn seit ihrer Trennung kaum empfunden hatte. In ihrer Gesellschaft war er drauf und dran seine Sorgen zu vergessen.

„Wenn Herr Hilliard die Kupfermine ausbeutet,“ sagte sie mit strahlenden Augen, „werde ich reich — reich werden!“

„Und ich kann Ihnen nicht sagen, was das für mich bedeutet, Sie würden es auch gar nicht verstehen. Ich könnte dieses nördliche Land und alles, was es für mich bedeutet, verlassen. Ich könnte werden, was ich sein möchte — und was ich wirklich bin.“

Boyd sah die große Sehnsucht in ihren Augen, sah, daß die Aussicht auf Verwirklichung ihrer Wünsche ihr fast den Atem benahm. Er streckte ihr seine Hände entgegen und sagte freimütig: „Wenn ich Ihnen auf irgendeine Weise behilflich sein kann, stehe ich Ihnen mit dem größten Vergnügen zur Verfügung.“

Bei seinem ruhigen Blick schlug sie die Augen nieder und antwortete: „Sie sind ein guter Mensch, und ich bin froh, daß ich Sie als Freund zur Seite habe. Aber entschuldigen Sie meinen Egoismus, daß ich von meinen eigenen Sachen spreche, während es mit den Ihrigen so schlecht steht. Glauben Sie, daß der Zeitungsartikel an Herrn Hilliards verändertem Benehmen Schuld ist?“

„Ich könnte nicht klug daraus werden.“

„Lassen Sie mal sehen! Ist es nicht ungefähr eine Woche her, seit er erschien?“

„Genau fünf Tage.“

„Ein Brief nach Chicago gebraucht drei Tage, nicht wahr?“

„Was hat das damit zu tun?“

„Finden Sie es nicht auffallend, daß Herr Hilliard mit angelehnt hat, daß Sie sich in ein ganzes Gewebe von Kontrakt und Verpflichtungen verwickelten, bevor er Ihnen die schlechte Nachricht mitteilte.“

„Sie meinen, daß Marx und sein Trust dahinter stehen? Das hätte ja alles telegraphisch erledigt werden können.“

„Nicht alle Dinge lassen sich telegraphisch erledigen. Im übrigen,“ fuhr sie nachdenklich fort, „wenn der Trust wirklich dahinter steht, wird es Ihnen nicht leicht fallen, in Seattle andere hunderttausend Dollar aufzutreiben.“

„Wir werden ja sehen,“ sagte er, indem er sich erhob. „Ich hole Sie um sieben Uhr ab und möchte darauf wetten, daß Ihre Furcht unbegründet ist.“

„Sieben Uhr präzis,“ sagte sie. Inzwischen werde ich die Modengeschäfte unsicher machen.“

Als sie um sieben Uhr in die Hotelhalle kam, ging er mit einem trohigen Gesicht auf und ab.

„Na, wie steht,“ fragte sie.

„Sie haben richtig gewissagt. Es ist wirklich sehr schwer, in Seattle Geld aufzutreiben.“

„In wieviel Banken sind Sie gewesen?“

„In dreien. Morgen will ich es bei den anderen versuchen. Und wie ist es Ihnen ergangen?“

„Glänzend! Ich merke, daß Herr Hilliard in mein Reß gehen wird. Aber jetzt kein Wort mehr von geschäftlichen Dingen. Nein, nicht eine Silbe. Ihnen tut eine Ausspannung not. Wissen Sie, daß Sie ganz vergrämt aussehen? Sie sind erschöpft.“

„Ich glaube, Sie haben recht,“ räumte er nach einer Weile ein. „Ich, ich bin sehr froh, daß Sie hier sind, Cherry.“

14.

Trotz der niederdrückenden Ereignisse des Tages schlief Boyd Emerson gut in dieser Nacht, dank Cherrys taktvoller Art, mit der sie jedes Gespräch über Geschäfte, Trust und Backstonserven vermied, wie ein tüchtiger Trainer, der vor dem Tag der Entscheidung den Athleten von der ermüdenden Einformigkeit des Trainings befreit. Das Gehirn ist auch nur eine Masse aus Fleisch und Blut und wie die Muskeln der Ruhe bedürfen, so muß man auch den Gedanken eine Ausspannung gewähren.

Sie hatten eine vernünftige Mahlzeit zu Zweien gehabt, und Sorgen und Beschwerlichkeiten hatten Cherrys überströmender Laune weichen müssen. Darauf waren sie ins Theater gegangen, und später hatte das Abendessen, das sie mit George und Alton Clyde zusammen einnahmen, Boyd zu Cherrys großer Freude wieder ganz ins Gleichgewicht gebracht.

Es schien wirklich, als ob seine öffentliche Feindschaft gegen den Trust ihn zum Feinde der ganzen Finanzwelt erklärt hätte. Die Banken, die er am nächsten Tage aufsuchte, lehnten ebenfalls jedes Darlehen ab, und zwar auf eine Weise, die deutlich zeigte, daß sie sich vor den Kopf gestoßen fühlten. Die Gründe, die man ihm gab, waren ebenso bestimmt wie unklar, und als der Abend kam, war der junge Handelsmann ganz außer sich über das Unglück, das ihm während der letzten sechsunddreißig Stunden überfallen hatte. In seiner Verzweiflung wandte er sich natürlich an Cherry, die seinen Bericht mit gerunzelten Brauen anhörte und sich die Sache ernst und gründlich überlegte, als ob sie die Verantwortung zu tragen hätte. Schließlich sagte sie: „Der Kampf hat schneller begonnen als ich erwartet habe. Ich glaube nicht, daß der Trust so bald Einfluß auf die Banken gewinnen würde.“

„Ich kann mir nicht denken, daß der Trust dahintersteht,“ meinte Emerson zweifelnd.

(Fortsetzung folgt.)

Der ewige Fredericus.

Nationalistischer Rummel bei Berlin.

Fredericus Rex spukt durch die Welt: Mal taucht er hier auf, mal tritt er dort in Erscheinung, und immer läßt er sich sehen, wenn schwarzweisse Vereinsparaden stattfinden.

Liegt da am Ostende Berlins das Deutsche Schöneiche, das vor kurzem der Schauplatz eines demütigenden Ereignisses wurde. Der „Militärverein Kleinschönebeck-Schöneiche“ beging nämlich sein 25. Stiftungsfest, und als Hauptstück des Programms war für 3 Uhr nachmittags vorgesehen: „Festlicher Umzug, Reitergruppe: Fredericus Rex und seine Generale; Festwagen: Germania“. Unter schwarzweissen Fahnen nahle die preussische Majestät hoch zu Ross, und auf dem Wagen der Germania hatten „Generale“ aus dem siebziger Jahre sich aufbauet. Wer aber denkt, daß der König den Zug geführt hat, der ist im Irrtum! An der Spitze marschierte ein Herr Lyons, Rittergutsbesitzersohn und Major seines Zeichens — in einer Festgewandung, die der Reichswehruniform verflucht ähnelt. Wenn es sich nicht um eine Verwolf-Mystifikation handelt, erhebt sich freilich trotz aller Heiterkeit, die solche schwarzweissen Scharlatanereln bei allen Vernünftigen erwecken, die Frage: Ist Herr Lyons früherer Reichswehrsoldat? Wenn ja, erhält er bei seiner Verabschiedung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform? Wenn ja, soll diese Erlaubnis auch weiterhin aufrechterhalten bleiben? Daß Herr Lyons etwa gar aktiver Reichswehrsoldat ist, vermögen wir natürlich nicht anzunehmen.

So also produzierte sich Fredericus in Schöneiche. Er kann aber nicht nur reiten, er kann auch fahren. In Potsdam rollte leihthin ein Wasserfest unter der Regide des „Stahlhelms“ ab, und als der Abend niedersank, ward plötzlich auf dem Wasser ein Baggerboot sichtbar. Und, siehe da, wen erblickte man lächelnd nachgemacht? Fredericus und Bismarck Schulter an Schulter! Da dem Altreichstänker der Helm vier Nummern zu klein geraten war und wie ein Händhütchen auf den drei Haaren lag, zog er es vor, sich zurückzubohlen, und schmeig sich aus. Dafür hielt aber der „König“ ein prophetische Rede über den Stahlhelmsgeist und ähnliche Belanglosigkeiten. Außerdem sagte er ein Gedicht auf, das herzlich schlecht war, was wohl die bekannte Abneigung des Alten Frigen gegen die deutsche Sprache zurückzuführen ist. Immerhin: Rauschender Beifall lohnte den trefflichen Darbietungen.

Gibt es etwas Unflügeres und Groteskeres als solchen schwarzweissen Rummel? Lächerlichkeit, sagt man, tötet, — in Potsdam und im Kriegerverein Schöneiche freilich nicht!

Ein Betrüger aus Bombay.

Eine Berliner Firma um 250 000 Mark geschädigt.

Im Jahre 1923 reiste ein aus Lahore stammender Kaufmann namens Ganpat Rai-Sharma nach Deutschland zu und bezog als angeblich vermöglicher Mann eine elegante Wohnung am Kurfürstendamm. Es gelang dem Inder bald, Beziehungen zu Berliner Handelskreisen anzuknüpfen, wo er, dank der vorgelegten guten Empfehlungen und Referenzen, auch gern aufgenommen wurde. Vor ungefähr 1 1/2 Jahren trat Ganpat-Rai-Sharma in nähere geschäftliche Beziehungen zu einem Fabrikanten und wußte ihn zu überreden, mit ihm gemeinsam eine G. m. b. H. zu gründen, die hauptsächlich sich mit dem Export von Elektromaterial nach Vorderindien befassen sollte. Der Berliner gab als Geschäftseinlage bei der Gründung der G. m. b. H. bares Geld in Höhe von 150 000 Mark. Der Inder, der nicht über Barmittel zu verfügen behauptete, erklärte, daß er dieses Warent durch seine ausgedehnten Beziehungen zu der indischen eingeborenen Handelswelt wieder weitmachen werde. Auch seine Familie, die zu den angesehensten gehöre, werde, sobald er ihr von der Gründung Mitteilung gemacht habe, finanziell beizutragen. Leider ließ das erhoffte gute Geschäft auf sich warten, so daß dem Berliner Bedenken aufstiegen. Der Inder erklärte das mit dem Mißtrauen seiner Landsleute und meinte, daß ein persönlicher Besuch schnelle Wandlung schaffen würde. Sein gutgläubiger Teilhaber hatte gegen die Reise, die im November 1926 angetreten wurde, nichts einzuwenden und gab außer reichlich bemessenen Reisepesen dem Inder für etwa 90 000 Mk. Wuster und Waren mit. Lange Zeit wartete er vergeblich auf Nachrichten aus Indien, endlich trafen sie auch ein, aber Geld kam nicht, weder für die verkauften Waren noch als Anzahlung auf Bestellungen. Nun entschloß sich der Berliner, die Hilfe der Kriminalpolizei in Anspruch zu nehmen. Bei den Nachforschungen, die Kriminalkommissar Kautschak mit seinen Beamten anstellte, ergab sich, daß Ganpat-Rai-Sharma die ihm anvertrauten Wuster um für 250 000 Mk. in Bombay verschleudert und das Geld, das etwa den vierten Teil des wirklichen Wertes ausmachte, für sich verwendet und verjubelt hatte. In der gleichen Weise wie seinen Berliner Kompagnon, hatte der schlaue Inder eine Exportfirma in Lahore betrogen. Die Nachforschungen in Berlin ergaben, daß der Inder am Kurfürstendamm gänzlich unbekannt ist. Man zweifelt nun, ob der angegebene Name der richtige gewesen ist und vermutet, daß die vorgelegten Empfehlungen und Referenzen gefälscht waren. Ganpat-Rai-Sharma soll sich augenblicklich wieder in Berlin aufhalten, es ist aber bisher noch nicht gelungen, seine Wohnung aufzuspüren. Wahrscheinlich wird er in einer Pension oder in einem Hotel — vielleicht unter falschem Namen — Unterkunft suchen. Mitteilungen, die geeignet sind, seiner Habhaft zu werden, erbittet Kriminalkommissar Kautschak, Dienststelle F 3, im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstr. 30 A.

Fabrikfeuer in der Frankfurter Allee.

Gestern nachmittag waren sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr in der Frankfurter Allee 288 längere Zeit mit der Bekämpfung eines gefährlichen Fabrikfeuers beschäftigt. Aus noch ungeklärter Ursache, vermutlich infolge Funkenflugens, war im Reschhaus der Wagenbau- und Kerosinwerkfabrik von Vange u. Guze ein mit 300 Litern Del gefüllter Behälter in Brand geraten. Gemaltige Stachlammern schossen hervor, so daß in wenigen Minuten ein Teil des Erdgeschosses und des ersten Stockwerkes lichterloh brannte. Die Feuertreuer trat sofort in Aktion, konnte aber nicht verhindern, daß die Flammen auch auf den Dachstuhl des Fabrikgebäudes übergriffen. Inzwischen waren mehrere Löschzüge der Feuerwehr an der Brandstätte eingetroffen, denen es in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, den Brandherd zu lokalisieren. Das Reschhaus ist stark in Mitleidenschaft gezogen, doch erleidet der Betrieb keine Unterbrechung.

Musik wird oft nicht schön empfunden . . .

Ein böses Ende nahm für den 53 Jahre alten „Hoffänger“ Andreas R. eine Gastrolle, die er gestern nachmittag auf dem Grundstück Elbinger Str. 41 gab. Es öffnete sich zwar, wie üblich, alle Fenster am Hofe, aber statt der erwarteten kleinen Rünzen wurde dem Sänger von oben herab nur eine sehr abfällige Kritik zuteil. Das war begreiflich, seine Stimme hatte unter der Wirkung von etwas reichlich genossenem Alkohol stark an Reiz eingebüßt. Der Sänger selbst aber wollte das augenscheinlich nicht gelten lassen. Die vernichtende Kritik verlegte ihn in Wut. Schimpfend drohte er zu den Fenstern hinauf, er werde gleich kommen, um sich sein „Honorar“ zu holen, wenn man es ihm nicht herabwerfen wolle. In dieser Situation kehrte ein Postausbesorger vom Postamt 55, der im Quergebäude eine Depesche destillierte, über den Hof zurück. Der mußte nun den „Blitzableiter“ abgeben. Der wütende Sänger fiel über ihn her, wie vermutet wird, um sich aus seiner Tasche selbst zu bezahlen. Der Versuch, ihm die Tasche zu entreißen, mißlang. Der Bote setzte sich zur Wehr und der Sänger ergriff jetzt die Flucht. Auf einem Straßenbahnwagen der Linie 74 tadelte ihn der Schaffner nicht, weil er betrunken war. Jetzt lief er in den Friedrichshain hinein und wurde nach längerer Verfolgung von einem Wächter gefasst und festgenommen.

Ergebnisse der Wohnungszählung.

Die Reichswohnungszählung am 16. Mai wurde in Preußen in sämtlichen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und in einer Auswahl kleinerer, insgesamt in 3187 Gemeinden durchgeführt. Die Wohnungszählung sollte nicht so sehr die Zahl der Wohnungen ermitteln, als Aufklärung über die Wohnverhältnisse der Bevölkerung, insbesondere über das Zusammenleben mehrerer Familien und Haushaltungen in einer Wohnung bringen. Ihr Ergebnis soll Anhaltspunkte für die Feststellung der Zahl der fehlenden Wohnungen liefern.

Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ einer vorläufigen Uebersicht der Statistischen Korrespondenz entnimmt, betrug die

Wohnbevölkerung Berlins

nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung 1925 unter Berücksichtigung der kommunalen Veränderungen bis zum 16. Mai d. J. 4 024 165; bewohnte Wohnungen waren insgesamt 1 212 491 vorhanden. Von leerstehenden Wohnungen waren nach oder bereits vermietet 1296, 1673 standen zur Verfügung des Wohnungsamtes, 214 waren baufällig, 790 waren aus sonstigen Gründen nicht vermietet. Haushaltungen wurden insgesamt gezählt 1 301 638, davon zweite und weitere Haushaltungen 89 147. Diese Haushaltungen sind von besonderem Interesse; es sind diejenigen, die zwar eine selbständige Hauswirtschaft führen, aber

keine eigene Wohnung haben,

sondern die Wohnung anderer Haushaltungen teilen, also z. B. Familien mit eigener Hauswirtschaft, die in Untermiete wohnen. Bei einem anderen Bearbeitungsengang sind ferner außer den „zweiten und weiteren Haushaltungen“ die bei der Zählung festgestellten „weiteren Familien“ gezählt worden. Das sind diejenigen, die ebenfalls keine eigene Wohnung haben, aber auch keine eigene Hauswirtschaft führen, sondern Wohnung und Haushalt anderer teilen,

also z. B. Eltern, die mit ihren verheirateten Kindern zusammenleben. Die Zahl dieser „weiteren Familien“ betrug in Hannover 3079, in Bellenkirchen 703, in Hamburg 367, in Münster 312, in Bochum 1012 und in Erfurt 1098.

Die Wohnbevölkerung Barmens betrug 187 009 Einwohner mit insgesamt 51 645 bewohnten Wohnungen. An leerstehenden Wohnungen standen zur Verfügung des Wohnungsamtes 87, baufällig waren 35; Haushaltungen gab es insgesamt 53 802, davon zweite und weitere Haushaltungen 2157. Die Stadt Altona zählt 185 653 Einwohner, bewohnte Wohnungen waren insgesamt 49 922 vorhanden. Zur Verfügung des Wohnungsamtes standen 38 Wohnungen, 33 waren aus sonstigen Gründen nicht vermietet. Von den insgesamt 53 220 Haushaltungen waren 5298 zweite und weitere Haushaltungen. Die Stadt Bochum hatte bei einer Bevölkerungszahl von 211 249 Einwohnern 46 731 bewohnte Wohnungen, an leerstehenden Wohnungen zur Verfügung des Wohnungsamtes 10, an baufälligen 22. Von je 100 Haushaltungen insgesamt waren zweite und weitere Haushaltungen 7,79. Königsberg hatte eine Einwohnerzahl von 279 926 Personen, bewohnte Wohnungen 69 142, an leerstehenden Wohnungen noch oder bereits vermietet 50, zur Verfügung des Wohnungsamtes 16, baufällig 8, aus sonstigen Gründen nicht vermietet 22. Von den insgesamt 76 731 Haushaltungen waren zweite und weitere Haushaltungen 7580, von je 100 also 9,80. Die Uebersichten über

die Zahl der leerstehenden Wohnungen

wurden, um gleichzeitig ihre tatsächliche Bedeutung für den Wohnungsmarkt klarzustellen, soweit als möglich nach den Gründen des Leerstehens gegeben. Diese Uebersicht zeigt zahlenmäßig, was man von vornherein vermuten konnte: daß nämlich trotz der Neubautätigkeit und trotz zum Teil sehr hohen Mietes für Neubauwohnungen von einem irgendwie nennenswerten Leerbestand in diesen Städten nicht gesprochen werden kann.

Der Leichensfund bei Ludwigslust.

Offenbar ein Raubmord.

Wie wir mitteilten, wurde am Sonnabend voriger Woche frühmorgens auf der Feldmark Kummer bei Ludwigslust ein junger Mann von einem Mädchen ermordet aufgefunden. Die Leiche lag in der Nähe der Chaussee Hamburg-Berlin in einem Graben mit dem Gesicht im Wasser und war mit Gras zugebedt. Dem jungen Manne war der Gurt eines Brotbeutels um den Hals fest zugestülpt, außerdem war ihm der Schädel eingeschlagen. Nach den Ermittlungen der Schweriner Kriminalpolizei liegt ein Raubmord vor. Dem Opfer müssen die Ausweispapiere, die Uhr und ein Geldbetrag geraubt worden sein. In seinen Taschen fand man Fahrscheine der Berliner Straßenbahn, einen der Linie 76 und einen zweiten der Linie 69, die am 14. d. M. gelocht worden sind. Der Ermordete gehörte zu drei Wanderburschen, die vor der Aufindung der Leiche in der Gegend gesehen worden waren. Einer von ihnen, ein gewisser Niemiera aus Ostpreußen, wurde wegen eines Uhrendiebstahls in Ludwigslust festgenommen. Wie er sagt, traf er auf der Wanderung mit einem anderen jungen Manne in Rauen zusammen, der sich „Ernst Brandt“ nannte und Feinmechaniker aus Berlin sein soll. Dieser angebliche Brandt soll der Ermordete sein. Niemiera wanderte mit seinem neuen Bekannten gemeinsam nach Mecklenburg weiter. Vor Ludwigslust trafen die beiden einen angeblichen „Adalbert Reich aus Berlin“. Alle drei begaben sich nach Ludwigslust. Dort wurde Niemiera dann festgenommen, „Brandt“ und „Reich“ wanderten weiter. Es gilt nun, zunächst die Personen des angeblichen Brandt und des Reich festzustellen. Der Ermordete ist 1,70 Meter groß und schwächlich und trug einen grauen Rock, eine graue Wäsche, graue Stiefel mit grünem Rand, eine dunkelblaue Schirmmütze mit hellgelbem Lederriemen, ein gelbes Hemd und schwarze Schnürschuhe. Alle Mittelungen nimmt Kriminalkommissar Johannes Müller im Zimmer 79 des Polizeipräsidiums entgegen.

Stralauer Fischzug ohne Fische.

An jedem 24. August, dem Tage des Bartholomäus, den die Fischer als ihren Kalenderheiligen verehren, nahmen seit 1574 die Stralauer Fischer wieder ihren Fischzug auf, der ihnen vom Gründonnerstag ab durch eine Verordnung des Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg verboten war. Die Schonzeit der Fische war dann vorüber und von Jubel und Trübel begleitet, wurde das „große Gern“ wieder durch die Fluten der Spree gezogen. Bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts hinein hatte sich dieser Brauch, der zu Blashrenners Zeiten seine Höhepunkte erlebte, erhalten. Die neue Zeit wehrt von ihm nur als etwas Bergangenes, an das dann und wann einige lässliche Sommerfeste erinnern.

Nun ist im vorigen Jahre ein Verein gegründet worden, dessen Mitglieder es sich in den Kopf gesetzt haben, den Berlinern den Stralauer Fischzug als ein Volkstfest wiederzuerstehen. Von dem großen Festzug, der sich am vergangenen Sonntag durch Mi-Stralau bewegte, haben wir schon berichtet. Am Mittwoch fand nun der eigentliche Fischzug statt, den der Fischmeister Fintelde mit seinen Gehilfen auf der Spree unternahm. Große Zuschauer-mengen hatten sich am Treptower Ufer und auf der Stralauer Seite eingefunden, um das Schauspiel zu beobachten. Auf dem Wasser wimmelte es von Rähnen, Motorbooten und Dampfern, die schwimmenden Tribünen glichen. Die Drängelei über den Wellen war manchmal beängstigend groß. (Unter den Wellen ging es viel ruhiger zu, wie durch das Resultat des Fischzuges bewiesen wurde.)

Kurz nach 11 Uhr erliefen die von einem Motorboot geschleppte Zille, auf der sich der auf einem Fisch reitende Neptun mit der Bogenarkelle, die Wiedermeierdamen, einige Fischer und — rätselhaft genug — ein Hausen Indischer befanden. Vier Fischzüge, die quer durch die Spree gingen, wurden unternommen. Als erste Züge zogen die Fischer einen Rarmeladeneimer aus dem Netz. Dann folgte eine ganze Reihe gar nichts, worauf ein paar Stickslinge erschienen, hinter denen einige Blähen das Licht der Oberwelt erblickten; schließlich holten die Fischer drei Kalle aus dem Netz. Das gleiche wiederholte sich ungefähr bei den anderen drei Zügen. Die Fische machen einfach nicht mehr mit. Sie scheinen abgewandert zu sein. Das Wasser der Spree schmeckt zu sehr nach „Industrie“, d. h. nach Petroleum, Del, Benzin und den aistischen Abwässern der Fabriken.

Also . . . warum Mühe und Schweiß an eine Sache setzen, der sich die Hauptbeteiligten längst entzogen haben? Oder kommt es auf den „Fischzug“ der Stralauer Schaubudenbesitzer an?

Die Kommunisten veranstalteten gestern Abend gemeinsam mit der Internationalen Arbeiterhilfe eine Protestkundgebung gegen die Ermordung Saccos und Banzettis. An etwa 20 Sammelplätzen trafen die einzelnen Verbände zusammen und marschierten von dort zum Lustgarten. Der Amorsch der Züge dauerte über eine Stunde. Die Beteiligung war sehr gut. Nach kurzen Ansprachen und stillen Gedensfeiern für die beiden Hingerichteten marschierten die Züge wieder in voller Ordnung ab. Die Polizei war sehr zurückhaltend, zu Zusammenstößen ist es nicht gekommen. Das Hotel Adlon, wo der Bürgermeister von New York absteigt, und die amerikanische Botschaft waren gestern wie an Vortagen polizeilich geschützt. Kleine Ansammlungen vor den beiden Gebäuden konnten leicht zerstreut werden.

Ein Sonderzug zur Leipziger Herbstmesse. Die Reichsbahndirektion Berlin läßt am Mittwoch, dem 31. August, bei genügender Beteiligung einen Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Fahrpreisen verkehren. Der Zug fährt ab Berlin Anhalter

Bahnhof 6,37 Uhr und trifft in Leipzig um 9,19 Uhr ein. Die Rückfahrt erfolgt ab Leipzig 21,20 Uhr; der Zug ist um 6,15 Uhr wieder in Berlin. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt 7,40 Mk. Gleichzeitig mit den Fahrkarten werden auch ermäßigte Karten verkauft: zum Besuch der Technischen Messe (1,50 Mk.), des Völkerschlachtdenkmal (1,50 Mk.) und Straßenbahnfahrkarten für Hin- und Rückfahrt (0,25 Mk.). Der Kartenerwerb beginnt am Freitag, dem 26. August, bei den Fahrkartenausgaben: Anhalter Bahnhof und Bahnhof Lichterfelde-Ost sowie bei den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57/58.

Schweres Bootsunglück bei Storkow.

Zwei Frauen ertrunken.

In der Nähe von Storkow ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Bootsunglück. Hinter der Schleuse am Werlsee kenterte ein mit vier Personen besetztes Boot. Zwei Insassen, die Frau eines Steuerbeamten Lorenz aus Jessen und die Frau eines Fahrers Nikolai aus Berlin fanden den Tod in den Wellen. Die Männer konnten im letzten Augenblick gerettet werden.

„Orden und Ehrenzeichen.“

Eine wertvolle Gabe aus Amerika.

Aus New York kommt uns die keltische Kunde, daß ein Oberleutnant der U.S.A. namens George Croyde Cook sich auf die Reise nach Gernann begeben hat, um das deutsche Volk mit einer köstlichen Gabe zu bedenken. Er will nämlich nicht weniger als 500 deutsche Orden und Ehrenzeichen, die seinerzeit an der Front gefunden und gesammelt worden waren, den ehemaligen deutschen Kriegsteilnehmern zurückerstatten. Er erklärte, daß er nicht mehr an ihrem Besitz interessiert sei.

Sehr schön, Mister Cook! Aber glauben Sie wirklich, daß die Mehrheit der deutschen Kriegsteilnehmer an den Ankerorden Wilhelms und seiner bundesfürstlichen Kollegen heute noch interessiert ist? Doch halt. Sie haben ja recht! Bermüde und Stahlhelmer, in Kompaniefront angetreten zum Ordensempfang beim Herrn Oberleutnant Cook!

Sonntagsausflug an die dänische Küste.

Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird bei genügender Beteiligung am kommenden Sonntag, dem 28. August, ein Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen nach Warnemünde verkehren. Anschließend ist Gelegenheit zu einer Seefahrt nach Gedder mit dem neuen großen Trojekschiff gegeben. Auch dazu werden Fahrkarten zu ermäßigten Preisen (6 Mark für die Hin- und Rückfahrt) ausgegeben, die gleichzeitig mit der Fahrkarte gelöst werden können. Die Hinfahrt erfolgt ab Berlin Stettiner Bahnhof 6,15, an Warnemünde 10,21, Rückfahrt ab Warnemünde 20,00, an Berlin, Stettiner Bahnhof, 0,07. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt 10 Mk. Der Fahrkartenerwerb beginnt am Dienstag, 23. August, bei der Fahrkartenausgabe Stettiner Bahnhof sowie bei den vier Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus: Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57/58.

Fallender Kessel beschädigt einen D-Zug.

Hamburg, 24. August.

Bei Einfahrt des von Wilhelmsburg kommenden Güterzuges 8923 in den Hauptbahnhof Hamburg fiel ein schwerer Kessel von einem Kugelnwagen herab, der infolge der Gleichgewichtstörung mit einem anderen Wagen entgleiste. Im Fallen beschädigte der Kessel Teile des nachbargleisigen in Richtung Köln ausfahrenden D-Zuges 94. Der vordere Teil des D-Zuges konnte die Fahrt fortsetzen, während die letzten Wagen dieses Zuges launfähig wurden.

Zurückgekehrt.

Der Gärtner Ernst Rothberger aus Buchau, der vor dem Kriege zur aktiven Militärdienstleistung einrückte, im Kriege an die Front kam und in russische Gefangenschaft geriet, galt als vermisst. Jahrelang war von ihm nichts zu hören. Jetzt ist er nun nach fünfwöchiger Fahrt aus Sibirien wohlbehalten zurückgekehrt. Er war seit vielen Jahren in Sibirien in einem Eisenwerk beschäftigt und hat sich dort die Kosten der Fahrt in die alte Heimat mühsam erarbeitet.

Der Sohn Hermann des Trübsinnbelaubers Grunzel in Kostock war 1917 in der Ukraine in Gefangenschaft geraten. Nachforschungen brachten die Nachricht, daß der Sohn im Bazarret in der Gefangenschaft gestorben sei. Vor etwa einem Vierteljahr erhielten die Eltern jedoch von dem totesglaubten Sohn einen Brief, aus dem hervorging, daß er noch am Leben sei, sich aber nicht weiter ausführlich äußern könne. Inzwischen ist nun durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes dem Totgeglaubten die Heimkehr ermöglicht worden. Hermann Grunzel ist vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen.

Aus dem Halensee geborgen. Gestern nachmittag konnte die Leiche des am Montag dieser Woche bei einer Schwimmstunde im Sportbad Halensee ertrunkenen 14jährigen Schülers Robert Heyden geborgen werden. Bekanntlich war Heyden unbemerkt ertrunken, und sein Verschwinden wurde erst bemerkt, als man zum Ausbruch rüstete.

Die deutsche Elektrowirtschaft.

Ihr Aufbau und ihre Gliederung.

Die Elektrizitätswirtschaft ist für die Gesamtwirtschaft von hervorragender Bedeutung. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der Deutsche Metallarbeiterverband ein ausgezeichnetes Buch über die deutsche Elektrizitätsversorgung herausgebracht hat. Das Buch, das bei der Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart erschienen ist, gibt eine ausführliche und erschöpfende Darstellung der deutschen Elektrizitätswirtschaft, wie sie bisher in dieser Form der Öffentlichkeit noch nicht geboten wurde. Das Buch umfaßt mit 70 Abbildungen und 25 graphischen Darstellungen 280 Seiten. Es ist durch die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes oder die freien Gewerkschaften zum Preise von 5 M. oder durch den Buchhandel zum Preise von 8 M. zu beziehen. Die nachstehenden Ausführungen gründen sich auf dieses ausgezeichnete Werk.

Aus den sehr übersichtlichen Statistiken geht hervor, daß in Deutschland die Leistungen der großen Kraftwerke ständig zunehmen, während gleichzeitig eine Abnahme in der Gesamtzahl der Werke zu verzeichnen ist. Die Zahl der mit Strom versorgten Ortschaften wächst in ständiger Folge. Von den 64 000 deutschen Gemeinden ist der überwiegende Teil bereits an das Stromnetz angeschlossen, darüber hinaus aber geht man dazu über, den elektrischen Strom auch nach dem Ausland zu liefern. Vernunftgründe drängen zweifellos nach einer straffen Zusammenfassung der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft. Die Gestaltung der Tarife ist eine Angelegenheit, die die gesamte Öffentlichkeit interessiert und die auf die Dauer unter keinen Umständen dem mehr oder minder großen Einfluß der zur Herrschaft gelangenden Elektrizitätswerke überlassen bleiben kann.

Die deutschen Elektrizitätsunternehmen.

Nach der Reichstatistik gab es im Jahre 1925 1370 Erzeugerwerke und 1234 Verteilerwerke für die öffentliche Stromversorgung in Deutschland. Die meisten dieser Werke sind der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDE) angeschlossen. Nach der Statistik dieser Vereinigung gehören ihr 2442 Kraftwerke und 683 Verteilerwerke an. Die installierte Maschinenleistung beträgt 5 845 252 Kilowatt. Von fast 2500 Werken sind aber nur 63 als Großkraftwerke zu bezeichnen, wenn man zu diesen alle Werke mit einer Maschinenleistung von über 20 000 Kilowatt rechnet. Die in diesen Großwerken installierte Maschinenleistung übertrifft bei weitem die der übrigen 2437 Werke. Sie beträgt 2 910 605 Kilowatt. Es handelt sich bei diesen kleinen Werken vielfach um solche, die nur einen oder nur wenige Orte mit Strom versorgen. An der Spitze der großen Werke steht das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk A. G. mit 475 100 Kilowatt hinsichtlich der Maschinenleistung, hinsichtlich der abzugebenden Kraft stehen die staatlichen Kraftwerke mit 1 1/2 Milliarden Kilowattstunden an der Spitze. Die Berliner Elektrizitätswerke nehmen mit 221 500 Kilowatt Maschinenleistung und 661,7 Millionen Kilowattstunden die dritte Stelle ein.

Konzerne in der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung ist bei weitem noch nicht das wünschenswerte Maß an Konzentration und Rationalisierung erreicht. Das Ziel der Konzernbildung, der Zusammenfassung sollte eine rationelle Produktionsgestaltung sein. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Es gibt in der deutschen Elektrizitätswirtschaft nicht weniger als 28 Konzerne, die privatwirtschaftliche, gemischtwirtschaftliche und kommunale und staatliche Unternehmen umfassen. Die kommunalen Elektrizitätswerke haben sich zu einem besonderen Verband (der Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke, IGE) zusammengeschlossen. Die Gemeinschaft vertritt die Interessen der gesamten kommunalen Elektrizitätswirtschaft. Alle deutschen Großstädte sind ihr angeschlossen. Ihr Versorgungsgebiet umfaßt 96 300 Quadratkilometer mit 21 Millionen Einwohnern. Ihr Herrschaftsbereich umfaßt also ein Fünftel des deutschen Landes und ein Drittel der Gesamteinwohnerschaft.

Außerdem gehören auch die kommunalen Werke genau wie die privatwirtschaftlichen, gemischtwirtschaftlichen oder staatlichen Unternehmen fast restlos der Vereinigung der Elektrizitätswerke e. B. an. Dieser Verband umfaßt 592 rechtlich selbständige, in privatwirtschaftlicher Form geleitete Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, von denen etwa die Hälfte im Besitz der öffentlichen Hand ist. Auch bei den Elektrizitätswerken, die dem preussischen und bayerischen Staat gehören, machen sich Konzernbestrebungen bemerkbar. So wurde das preussische Staatsministerium ermächtigt, einen Zusammenschluß des Großkraftwerks Hannover A. G., der preussischen

Kraftwerke Oberweser A. G. und des Großkraftwerks Main-Weser in Kassel in der Weise durchzuführen, daß sämtliche Aktien der als Aktiengesellschaften zu betreibenden Unternehmungen Eigentum des Staates sein müssen und daß dieser Gesellschaft die gesamten Beteiligungen des preussischen Staates an die elektrowirtschaftlichen Unternehmungen gegen Aktien der neuen Gesellschaft zu übertragen sind.

Das Statistische Reichsamt kommt in seiner Denkschrift über „Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926“ zu dem Ergebnis, daß von den am Schluß des Jahres 1926 in Deutschland vorhandenen 206 Aktiengesellschaften der Elektrizitätsgewinnung und der Elektrizitätsversorgung mit einem Nominalkapital von 1,349 Milliarden Mark 135 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 1,117 Milliarden Mark in Konzernen zusammengefaßt sind. Dieses Kapital beträgt 82,8 Proz. des Gesamtkapitals der in der Elektrizitätswirtschaft vorhandenen Aktiengesellschaften.

In der Elektrizitätswirtschaft wird das Problem Staat und Wirtschaft eine ganz besondere Bedeutung erlangen, und sicherlich wird der Einfluß der öffentlichen Hand hier ständig Boden gewinnen. Mit Fug und Recht darf man annehmen, daß sich bei dieser Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft sozialistische Ideengänge mit Erfolg durchsetzen werden.

Die Elektrizitätstarife.

Ein Ueberblick über die Strompreise für 240 Orte und 20 Heberlandwerke läßt eine Anarchie erkennen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Strompreise für Kraft schwanken zwischen 10 und 55 Pf., die für Licht zwischen 10 und 50 Pf. pro Kilowattstunde. Die billigsten Strompreise hat Giegnen an der Brenz mit 10 Pf. für Licht und Kraft, es folgt Buchenau für den Kreis Frankenberg mit 11 Pf. für Kraft und 22 Pf. für Licht, an der dritten Stelle steht Berlin mit 16 Pf. für Licht und Kraft pro Kilowattstunde. Natürlich gibt es auch hier noch Sonderbestimmungen, die ein nicht unerhebliches Abweichen von diesen Sätzen zulassen.

Diese Anarchie auf dem Gebiete der Tarifgestaltung zeigt, wie notwendig die Vereinheitlichung der Kraftherzeugung und -verteilung ist. Das Ideal wäre zweifellos eine einheitliche Reichskraftherzeugung, -versorgung und -verteilung. Nur die Durchführung dieses Plans gäbe eine Gewähr für preiswerte und leistungsfähige Stromlieferung. Die staatlichen Kraftwerke können als der größte Stromlieferant Deutschlands bereits wieder als Keimzelle dieser Entwicklung betrachtet werden. Ein Privatmonopol auf diesem Gebiete wäre vom Standpunkt der Öffentlichkeit aus unerträglich. Selbstverständlich muß sich auch der Staat davor hüten, ein Elektrizitätsmonopol zu fiskalischen Zwecken auszunutzen. Kleinverbraucher, Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, sie alle haben Interesse daran, Strom zu den niedrigsten Preisen zu beziehen. Deshalb muß das Streben darauf gerichtet sein, elektrischen Strom als Handelsartikel auszuscheiden. Heute herrscht die privatwirtschaftliche Konkurrenz, bei der die einzelnen Werke nur die niedrigsten Preise gewähren, zu denen sie gezwungen werden. Die Ueberführung der gesamten Elektrizitätsindustrie in die öffentliche Hand wird so zu einer der wichtigsten Aufgaben.

Die Gesundung der Waggonbauindustrie. Gewinnabschlüsse und guter Beschäftigungsstand.

In der Geschichte der schweren Deflationstrife bildet die Krise in der Waggonbauindustrie ein besonderes Kapitel. Eine Anzahl Momente wirken hier zusammen, um die allgemeinen Schwierigkeiten der Wirtschaft in diesem Industriezweig auf die Spitze zu treiben. Durch Neugründungen und planlose Ausbauten während der Inflation bestanden im Jahre 1925 etwa 60 Waggonfabriken in Deutschland, die Aufträge an Werten von etwa 400 Millionen Mark jährlich bewältigen konnten. Der Auftragsbestand wurde jedoch Ende 1925 auf nur 15 Millionen beziffert. Die Sünden der Industrie in der Inflationszeit rächten sich um so schwerer, als mit der Einführung der Festmark rudertig die Reichsbahnaufträge aufhörten und dazu noch die ungeheuren Auslandsaufträge in Fortfall kamen. Außerdem erfolgte auch eine erhebliche Einschränkung der Reparationsaufträge. Um die Situation bis zum Äußersten zu verschärfen, legten bei dem fallenden Franken die belgischen und französischen Waggonfabriken bei den großen internationalen Ausschreibungen die deutsche Konkurrenz schachtmatt oder zwangen sie,

zu erheblichen Verluftpreisen abzuschließen. So stand die deutsche Waggonindustrie einige Jahre zwischen der Säge der Beschäftigungslosigkeit und der Charobdis der Verluftpausträge.

Diesem katastrophalen Zustand fiel im Sommer 1925 auch die bekannte hannoversche Waggonfabrik zum Opfer, deren erster Jahresabschluss nach Beendigung des Sanierungsprozesses jetzt vorliegt. Durch Einbringen der Stadt Hannover, die für 800 000 M. Grundstücke übernahm, durch Schuldentilgung der Bant und Zusammenlegung des Aktienkapitals von 3,0 auf 0,3 Millionen, sowie Wiedererhöhung auf 2,0 Mill. Mark, wurde das Unternehmen finanziell auf feste Füße gestellt, während durch Aufstellung eines neuen Produktionsprogrammes und kraftige Zusammenfassung der Betriebe eine grundlegende Rationalisierung durchgeführt wurde. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist nicht ausbleiben. Nach Tilgung des Vorjahrsverlustes von 105 000 M. konnte ein Reingewinn von 75 000 M. erzielt werden. Die Generaluntkosten konnten durch die Umstellung mit 1,4 Mill. Mark fast auf ein Drittel heruntergebracht werden, die Abschreibungen von 125 000 M. sind möglich, da im Vorjahre zur Sanierung 1,16 Mill. Mark von den Anlagewerten abgebucht wurden. Durch die genannten Sanierungsverläufe hat sich der Wert der Grundstücke und Gebäude um eine Million auf 2,8 Mill. Mark erhöht. In den laufenden Konten tritt die finanzielle Bereinigung deutlich in Erscheinung. Die Warenaufschubden sind von 4,26 auf 0,56 Millionen abgezahlt, zu denen noch rund 0,3 Mill. Mark kurzfristige Bankschulden kommen. Die restlichen Bankschulden von 1,9 Millionen aus der Krisenzeit sind langfristig gestundet worden. Demgegenüber stehen rund 0,9 Mill. Mark Forderungen. Die zinsentzessenden Vorräte konnten von 4,43 auf 2,55 Mill. Mark gesenkt werden. Eine gewisse Belastung aus der vergangenen Epoche ist noch unverkennbar, jedoch glaubt die Verwaltung bei dem guten Auftragsbestand mit einer stetigen Aufwärtsbewegung rechnen zu können. Den Belegschaften, die durch Neueinstellungen um einige hundert Mann erhöht werden konnten, ist bis in das Jahr 1928 hinein Beschäftigung gesichert.

Auch bei der Waggonfabrik Josef Rathgeber A. G., München, drückt sich die Besserung der Verhältnisse in dem gleichfalls vorliegenden Geschäftsabschluss aus. Das Vorjahr brachte einen Verlust von über 150 000 M., dem im Berichtsjahr ein Reingewinn von fast 60 000 M. gegenübersteht. Die Bilanz erscheint zwar bei einer Gesamtsforderungshöhe von 160 000 M. gegen 466 000 M. Schulden noch reichlich gespannt. Sie hat sich aber gegenüber dem Vorjahr, das 0,54 Mill. Mark Schulden gegen nur 0,13 Mill. Mark Forderungen auswies, erheblich verbessert. Der Auftragsbestand hat auch bei diesem Unternehmen zugenommen, insbesondere werden sich erst im laufenden Jahr die von der Reichsbahn vergebenen Bestellungen auswirken.

Alles in allem scheint es nach diesen Beispielen, daß die Waggonbauindustrie auf dem Wege zur Wiederherstellung der Rentabilität ist, womit sich auch dieser Gewerbezweig dem Bild der allgemeinen Aufwärtsbewegung in der Industrie eingliedert. Erst die Zukunft kann zeigen, ob diese Gesundung lediglich der guten Konjunktur in der letzten Zeit zu verdanken ist, oder ob die Grundlagen für eine dauernde Rentabilität geschaffen werden konnten.

Der Güterverkehr auf der Reichsbahn.

In der Woche vom 7. August bis 13. August (sechs Arbeitstage) sind bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft 896 000 Güterwagen gestellt worden gegen 785 100 in der entsprechenden Woche 1926 und 897 300 in der Vorwoche 1927.

Die Wagengestellung in 1000 Stück:

Woche	mögl. 1927	1926	durchschnittlich pro Arbeitstag 1927	1926
26. 6. — 2. 7.	886,1	743,1	147,7	123,8
3. 7. — 9. 7.	804,6	758,5	149,1	128,4
10. 7. — 16. 7.	902,4	774,8	150,4	129,1
17. 7. — 23. 7.	901,7	780,7	150,3	130,1
24. 7. — 30. 7.	911,4	789,8	151,9	131,8
31. 7. — 6. 8.	897,3	775,5	149,6	129,8
7. 8. — 13. 8.	896,0	785,1	149,3	130,9

Der Güterverkehr der Reichsbahn ist ein wichtiger Gradmesser für den jeweiligen Stand der Wirtschaftslage. Die Ergebnisse der letzten Berichtswochen sind nur ganz unwesentlich hinter denen der Vorwoche zurückgeblieben. Auch gegenüber den Höchstverkehrsfiguren im Juli ist die Differenz verhältnismäßig gering.

Umstellung bei Ford. Die Berliner Ford-Werke wollen die Montagewerkstätten am 1. September zwecks Umstellung auf das neue Modell, das in den amerikanischen Werkstätten bereits in allen Einzelteilen fertiggestellt sein soll, schließen. Der Umstellungsprozeß wird etwa ein bis zwei Monate in Anspruch nehmen. Wie in den meisten Fällen trägt die Arbeiterchaft durch die Beschäftigungslosigkeit die Kosten der Umstellung zu einem wesentlichen Teil.



OVERSTOLT
RAVENKLAU
LÖWENBRÜCK
GÜLDENKING



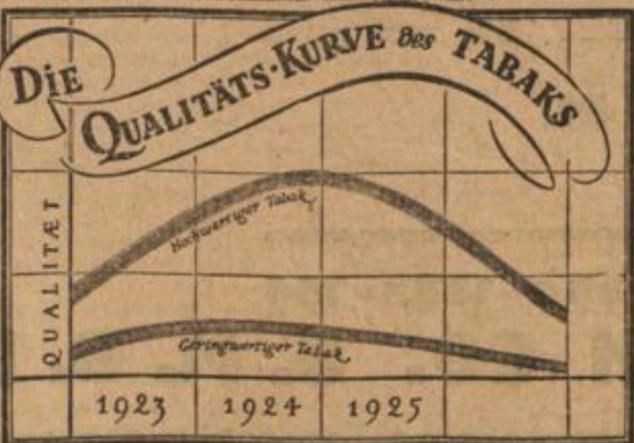
Niemand würde daran denken, einen Wein deshalb zu empfehlen, weil er aus der letzten Ernte stammt. Denn jeder weiss, dass der Wein mehrjähriger Lagerung bedarf, um seine Qualitätseigenschaften zu entwickeln.

Ebensowenig ist es ein Vorzug, wenn eine Zigarette ausschliesslich Tabake der letzten Ernte enthält.

Der Orienttabak macht denselben Gärungsprozess durch wie der Wein: eine Tabaksorte durchläuft ihn schneller, die andere langsamer. Auch hier gilt das Gesetz: Je besser das Produkt, umso lang-

samer steigt die Kurve der Qualität. Edle Tabaksorten brauchen 3 Jahre, bis sie den Höhepunkt dieser Kurve erreicht haben.

Wir stellen deshalb unsere Zigaretten grundsätzlich aus mehreren Tabakjahrgängen her. Nur dadurch ist es uns möglich, jede einzelne Tabaksorte im Stadium ihrer höchsten Reife zu verarbeiten und die Eigenschaften der guten Provenienzen, die wir zu kaufen pflegen, voll zur Entfaltung zu bringen. Diesem Grundsatz verdanken unsere Zigaretten den ausgereiften edlen Geschmack und ihre Bekömmlichkeit.



Haus Neuerburg
• O H G •

Mustela.

Von Charles G. D. Roberts.

Tief ins Herz des nördlichen Urwalds, wo die dunkelgrünen dichten Reihen der Föhren, Pechtannen und Schierlinge sich düster zusammendrängen und Baumbrüche kreuz und quer von zahllosen kurzgegrasigten Wintern erzählen, hatte die Sommer Sonne ihre glühenden Pfeile gefandt und die moderne Finsternis in ihren tiefsten Tiefen getroffen. Schwärme bunter Fliegen tanzten lummend in dem Irrgarten der Schatten, und die warme Luft war erfüllt von dem dünnen, zarten Gezwirne der Fäden und des Blauspechtes, in das hin und wieder das durchdringende Scheitern des kanadischen Hähers schrillte. Von den schlaftrunkenen Baumspitzen lösten sich balsamische Wohlgerüche, die wie Weihrauch die Schwüle durchzitterten. Die uralte Wildnis träumte — sie dehnte sich wollüstig der Sonne entgegen und schien in unaussprechlichem Wohlbehagen zu lauszen.

Hoch oben im grauen Stamme eines halbabgestorbenen Waldriesen war ein rundes Loch — der Eingang zu dem ehemaligen Neste eines Spechtjägers, jener Art, der die goldgelben Schwünge den Namen „Goldammer“ eingetragen haben. Sie waren seit langem von dem jetzigen Inhaber des Nestes vertrieben worden, mit der räuberischen Gewalt, die ihn auszeichnete — Mustela, den blutgierigen.

Eingerahmt von dem Dunkel des runden Astloches, spähte ein kleiner dreieckiger Kopf mit langen spitzen Ohren und kühnen, zügellos wilden Blicke gespannt in die Welt hinaus. Nichts konnte seinem Blicke entgehen, weder auf dem schattigen Waldboden tief unter ihm, noch zwischen der Wirrnis der Baumbrüche oder gar in den sonnigen Wipfeln zu seinen Häupten. Doch im Augenblick hatte Mustela gut geknirscht; er war träge und in dieser heißen Mittagsstunde nicht zur Jagd aufgelegt. Doch das rote Eichhörnchen, das drüben in der Nachbarschaft arglos schwahte, ruhig seine Tannenzapfen sammeln und der feiste Hofe da unten zwischen den Schatten des Waldbodens unbesorgt seine langen Löffel drehen und wenden, Mustela war im Augenblick nicht aus seiner Mittagsruhe zu bringen. Er schleckte nur die schmalen schwarzen Lippen bei dem Gedanken an die möglichen Taten des Nachmittags.

Da plötzlich tauchte eine Gestalt auf, die auf ihn doch Eindruck machte. Seine dünnen Lippen runzelten sich tonlos über den langen schneeweißen, tödlich scharfen Fangzähnen, und ein roter Schein von Haß glomm in seinen hellen Augen. Doch nicht kleiner als sein Haß war seine Neugierde — die gefährlichste Schwäche seines ganzen Stammes. Der spitze Kopf schoß voll lebhaften Interesses aus seinem Loch heraus, um den Mann besser sehen zu können, der unter seinem Baume soeben vordrängte. Ein Mensch war ein seltener Anblick in dieser unzugänglichen Verfallenen der nördlichen Wildnis. Es war ein Forstmann oder Waldläufer — so pflegt man die Leute zu nennen, die auf der Suche nach neuer, gemünder Arbeit für die Holzfüße die Forste durchstreuzen. Er trug ein rot- und gelbsamendes Schnupftuch und den braunen Hals geknüpft und hatte eine Art geschultert, deren glänzender Stahl grell in der Sonne aufleuchtete. Dieses Blinken und Flimmern erregte Mustelas Neugierde derart, daß er wie ein Blitz aus seinem Loch schlüpfte und um den Stamm herumfuhr. Breitbeinig wie ein Eichhörnchen um den Baum geklettert, lugte er um die Ecke und folgte neugierig jeder Bewegung des Mannes. Doch trotz allen Interesses für die feinste Erscheinung hing Mustelas erstaunlich lebhaftes Gehör plötzlich gedämpftes Flügeltrausen über sich, und ohne erst dessen Ursprung nachzusehen, huschte er wie ein roter Blitzstrahl um den Baum herum in sein Loch zurück und verschwand in demselben Moment, als stahlharte Klauen eines prächtig beschwingten Hühnerhabichts hart auf den Rand des Einschlupfs niederschlugen.

Mustelas Beweglichkeit war unbeschreiblich. Wie ein Kalb hatte er sich in voller Flucht blitzartig wieder herumgeschwenkt, und in der halben Sekunde, die die Klauen des Raubvogels am Rande des Loches haften, waren seine zierlichen Fänge rachedurstig um das letzte Glied der längsten Klaue geknirscht und hatten sie ein bis zwei Zoll in das Loch hineingezogen.

Mit einem gellenden Wuschrei versuchte der überraschte Habicht sich in die Lüfte zu schwingen — aber die Fänge Mustelas hielten ihn eifern gefangen. Er schlug, in wilder Raserei sich wendend, mit den mächtigen Schwingen und stemmte die freie Klaue mit aller Kraft gegen den Stamm. Aber Mustela hatte sein ganzes Gewicht nach hinten geworfen und hing mit allen vier Füßen sicher herab wie ein schwerer Sack im Gegengericht, jede Sehnen- schnur gespannt. Mustela wachte, wenn er nur einen Augenblick den Blick lockerte, um besser nachzusehen, so würde der Feind sich losreißen. Deshalb hielt er fest, als gelte es sein Leben.

Durch den plötzlichen gellenden Schrei des Habichts und sein rasendes Flügelgeschlag aufmerksam geworden, sah der Waldläufer mit zusammengekniffenen Augen zu Mustelas Baumloch empor. Ein schadenfrohes Lächeln huschte über sein weiterhartes Gesicht, denn er konnte Habichte nicht leiden und wunderte sich, welches Tier in solch kleinem Loch diesen mächtigen Vogel halten konnte. Er war ein tödlicherer Schläger und führte auf allen seinen Krouz- fahrten durch die Wälder nur einen langläufigen „Smith and Wesson“-Revolver bei sich. Den zog er jetzt aus dem Gürtel, zielte sorgfältig und feuerte. Das Tierchen im Loch schien beim Dröhnen des Schusses seine Beute erschreckt sahren gelassen zu haben, denn der große Vogel fiel, langsam sich überschlagend, mit dumpfem Aufschlag zu Boden — in den Klauen suchte der Todeschauer. Der Holzfüßer sah auf und erblickte das böserig sauchende kleine gelbe Gesicht Mustelas, der es sich in seiner unerfährlichen Neugierde nicht verjagen konnte, aus dem sicheren Loch zu spigen.

„Sieh! da — ein Marder! Das hätte ich mir gleich denken können,“ murmelte der Forstmann, „denn kein anderes Tier dieser Größe hätten den Mut gehabt, einen Hühnerhabicht anzugreifen.“

So kostbar auch das Fell des Lannenmarders oder „amerikanischen Jockels“ war, so brachte der Läufer es doch nicht übers Herz, auch den tapferen Keinen Kämpfer herabzuschleichen. Es wäre ihm wie Verrat an einem Verbündeten erschienen, denn wie die meisten seiner Art verband ihn ein warmes Gefühl mit den Tieren der Wildnis.

„Magst deinen Pelz behalten,“ dachte er und betrachtete den giftig sauchenden kleinen Kopf. „Bist ein tapferes Kerchen!“ Damit nahm er den toten Habicht auf, band die Klauen zusammen und hing sie über die Art. Dann schritt er durch den Wald davon.

Befriedigt von seinem Siege über den Habicht — denn er nahm die volle Ehre für sich — rollte sich Mustela wieder auf seinem weich mit Moos ausgelegten Neste zusammen und nahm den unterbrochenen Schlaf wieder auf. Die Hitze sank schwer und schwül

Der Berliner Bär und die Hotels ohne Nationalflagge.



„Danke verbindlich! Ich habe mir mal an Schwarzweißrot den Magen verdorben! Außerdem werde ich hier viel netter bedient!“

immer tiefer über die trügen Stunden des Nachmittags. Das leise sonore Summen der Bißfliegen schien die regungslose Stille des Waldes nur noch zu vertiefen, während würziger Duft den träumenden Lannen entströmte.

Erst als die Schatten länger wurden, erwachte Mustela und war hungrig. Sogleich schlüpfte er aus dem Loch, lief eine kleine Strecke den Stamm hinab und sprang leicht und flüchtig wie ein Eichhörnchen in das Gezweig einer benachbarten großen Schierlingstanne. In einer Gefäßgabel machte er halt und spähte in starrer Haltung nach Beute.

So — in gutem Gleichgewicht gestroßt — aufrecht und wachsam, war Mustela eine Schönheit. Goldbraun war sein Fell, Hals und Brust deckte ein zartestes Gelb, und seine Rute, die ihm bei den langen Sprüngen von Baum zu Baum als Balance diente, war lang und buschig. Die langen spitzen Behöre lauerten beständig auf all die heimlichen Laute, die verstreut durch die Wildnis huschten — ja, Mustela war ein erlesenes Exemplar seiner Art; reichlich zwei Fuß lang, grazios wie ein Mäusel und an Stärke seinem großen Stammvaterwänden und bittersten Feind, dem Fischotter, wohl zu vergleichen.

Nichts regte sich — da plötzlich lönte ein schwaches, aber doch in der Stille schrilles Chrrr—rr—rr des roten Eichhörnchens, dessen Ursprung Mustelas feines forschendes Gehör sofort drüßlich festlegte. Als habe er alle Energie in diesem einen Augenblick gesammelt, setzte Mustela mit flüchtiger Geschwindigkeit laullos durch die Zweige. (Schluß folgt.)

Das „Wunder“ von Konnersreuth

In Bayern passiert einmal ein „Wunder“. In dem oberpfälzischen Ort Konnersreuth, Bezirksamt Tirschenreuth, der etwa 900 fast ausnahmslos katholische Einwohner zählt. Solange nur kleine Blättchen der Bayerischen Volkspartei von dem „Wunder“ berichteten, brauchte man sich nicht damit zu beschäftigen. Nun aber hat die Großstadtspresse in sicherem Instinkt dafür, was ihre mehr auf Gefühl als auf Verstand gezielten Leser interessiert, das „Wunder“ von Konnersreuth aufgegriffen. Deshalb und wegen des Aufzugs, der mit der ganzen Sache nun schon in katholischen Gegenden ganz Deutschlands getrieben wird, muß man doch von der Sache Notiz nehmen.

Der Tatbestand ist kurz folgender: ein heute im 29. Lebensjahre stehendes Bauernmädchen, Therese Neumann, soll im Jahre 1918 als Magd bei Rettungsarbeiten gelegentlich eines Brandes sich eine Verletzung zugezogen haben, die Lähmung und langjährige Bettlägerigkeit bedingte. Dazu soll sich später auch noch Blindheit gesellt haben. Später soll die Therese Neumann, nachdem sie sich eindringlich mit religiöser Vektüre, besonders mit der Passionsgeschichte und der Heiligengeschichte ihrer französischen Namenskollegin Therese Martin (vom derzeitigen Papst heiliggesprochen) beschäftigt hatte, von Blindheit und Lähmung geheilt worden sein. Seit einiger Zeit — so wird weiter behauptet — durchlebte Therese Neumann allmählich am Freitag die Gesannnahme, Vernehmung, Geißelung und Kreuzigung Christi. Wundmale an den Händen, zeitweise an den Füßen, brechen auf; rund um den Kopf fließt aus acht Wunden Blut („Dornenkrone“), blutige Tränen werden geweint, und auch aus der Brustwunde beinahe Blut zu fließen. Dr. Freiherr von Aretin beschreibt in der Beilage der „Münchener Neuesten Nachrichten“ den Vorgang in einer Fülle von Einzelheiten und fügt hinzu, daß die „Reif“ die ihr doch unverständliche aramäische Sprache in den zu Beginn unserer Zeitrechnung herrschenden Dialekten so rein wiedergegeben habe, daß kein Führer imstande war, den galliläischen Dialekt des Petrus von der reinen jüdischen Redeform des Kaiphas zu unterscheiden. Vorher hat Aretin bereits gesagt: „Nun muß man wissen, daß mein Führer, mit dem mich von früher her Freundschaft verbindet, unter den heute lebenden Kennern des alten Orients einen der ersten Plätze einnimmt, daß ihm die Sprachen der Zeit Christi in allen Dialekten geläufig sind, daß er das alte Palästina und seine Sitten kennt, wie kaum ein anderer.“

Das Bluten Stigmatisierter ist nichts Neues. Vor 50 Jahren lag in Belgien der Fall der Louise Lateau vor, die im allgemeinen die gleichen Zustände zeigte, wie jetzt das Mädchen in Konnersreuth. Als damals die resolute Schwester der Kranken eingriff und Besuche von der Stigmatisierten fernhielt, da verschwanden nach und nach die Erscheinungen und kehrten bis zu dem 1883 erfolgten Tode des Mädchens nicht wieder. Etwas „Uebernatürliches“ ist bei diesen Wunden und Blutungen nicht im Spiel. Bei geeigneter Veranlassung der Persönlichkeit könnten sie durch krankhafte Einbildung oder auch fremden Willen entstehen. Dafür gibt es in der medizinischen Literatur mancherlei Belege. So erzählt uns der Arzt Karl Ludwig Schleich: „Ich habe selbst zweimal hysterische gesehen, welche ihre Brustwarzen auf Kommando bluten lassen konnten, ungefähr ein bis zwei Teelöffel voll.“

Das plötzliche Summen eines elektrischen Luftregulators erschreckte eine Frau, welche das Summen einer Biene zu vernehmen glaubte und sich dann am Auge gestochen zu fühlen. Wirklich entstand sofort am Auge eine Entzündung oder Geschwulst.“ Ein großes Rätsel gibt folgender ärztlicher Bericht Schleichs auf: „Bei einem mit bekannten Ophthalmologen wurde ein siebzehnjähriges Mädchen in die Anstalt gebracht, welches behauptete, guter Hoffnung zu sein. Von wem, wollte sie nicht sagen. Obwohl das unentwickelte Kind unberührte Jungfrau war, sollte die Möglichkeit einer Schwängerung wegen des schweren seelischen Leidens der Kleinen nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Und siehe da! Im dritten Monat war wirklich Schwangerschaft zu konstatieren. Im fünften Monat fühlten mir unter wachsender Gebärmuttervergrößerung keine Teile, hörten die Herzöne des Kindes, wie stets abweichend vom Puls der jungen Mutter. Im sechsten Monat subjektive Bewegungstöße des Kindes, im neunten Monat normaler Stand der Gebärmutter. Wir glaubten, Schädelkugel des Kindes feststellen zu können. Im zehnten und ersten Monat Stillstand. Im zwölften Monat erklärte der Professor: „Meine Herren, wir müssen uns getri haben; es ist keine Schwangerschaft, sondern eine Geschwulst. Operieren wir!“ Der Leib wurde geöffnet, und es ergab sich — nichts. Alles war normal und keine Geschwulst im Leibe. „Allo Hysterie!“ sagte topfschüttelnd der Professor!“

Man sieht also, daß solche Erscheinungen, wie sie bei der Theresen Neumann in Konnersreuth auftraten, sehr wohl zu erklären sind. Vor kurzem hat eine ärztliche Kommission das Mädchen untersucht. Darunter befand sich auch Professor Dr. Ewald von der Psychiatrischen und Nervenklinik in Erlangen. In der Presse der Bayerischen Volkspartei werden nun die Aussprüche dieses Gelehrten in völlig irreführender Weise als Belege für den Wundercharakter des Falles angeführt. Das hat diesen Gelehrten zu Feststellungen veranlaßt, in denen er unter anderem sagt: „Nachdem mit der Lastache meiner Untersuchung der Theresen Neumann in Konnersreuth, die anfänglich der durch das Ordinariat Regensburgera verfügten Ueberwachung des Mädchens von Seiten des mit der Untersuchung beauftragten Arztes gewünscht war, nicht nur von kleinen Lokalzeitungen und Provinzialblättern, sondern auch von großen ernstzunehmenden Zeitungen großer Umfang getrieben wird, lege ich mich veranlaßt, folgendes zu erklären: „Der viel zitierte und mir in den Mund gelegte Ausspruch, daß die Nerven der Theresen Neumann vollständig gesund seien, entspricht in gar keiner Weise meinem Untersuchungsergebnis und kann, wenn er tatsächlich gefallen sein sollte, sich nur auf das Fehlen organischer Kernveränderungen bezogen haben, wie sie für die angebliche Wirbelverletzung oder Rückenmarkverletzung der Theresen anzunehmen gewesen wären. Er ist also eher geeignet, eine Waffe gegen als für die Wunderheilung der gelähmten Theresen zu werden. Was mit oder ohne Nomenennung über das Ergebnis meiner Untersuchung in die Tagespresse kam, war stets Mißbrauch mit meinem Namen und inhaltlich den Tatsachen nicht entsprechend, verkehrt, entstellte oder total mißverständliche Einzelaussagen gegenüber tätigen, aber nicht immer voll abweisbaren zudringlichen Fragestellern.“

Mit dem „Wunder“ der aramäischen Sprache hat Dr. Freiherr v. Aretin entschieden Recht. Ihm tritt auch hier die Fachwissenschaft entgegen, und zwar Professor Dr. Mittel-Deitzig, der unter anderem bemängelt, daß Freiherr v. Aretin seinen Führer, den angeblichen Fachgelehrten, nicht nennt, und der eine genaue Untersuchung fordert, bei der Nichtorientalisten die von der „Reif“ herangebrachten Worte phonetisch aufzeichnen und Kenner der aramäischen Dialekte dann die Aufzeichnungen auf ihre Zuverlässigkeit zur aramäischen Sprache prüfen sollen. Der Gelehrte fügte allerdings resigniert bei: — wenn es dazu nicht schon zu spät sein sollte!“ In der Tat ist die Möglichkeit gegeben, daß die augenscheinlich nicht ganz unbegabte Theresen Neumann öfters gehörte Worte mitunter in ihrem Gedächtnis behalten hat und sie daraus wiedergibt.

Das „Wunder“ von Konnersreuth ist kein Wunder, sondern nur ein neuerlicher Beleg dafür, wieviel noch an Aufklärungsarbeit in allen Schichten der Bevölkerung zu leisten ist.

Sind die Menschen kleiner geworden? Für die Aufführung einer Bühnenproduktion, die diesen Sommer auf einem schottischen Abteisein ein historisches Drama vorführen wollte, hatte der Schloßherr den ganzen Bestand an Rüstungen, Panzern und Waffen zur Verfügung gestellt, der sich von seinen Ahnen her angehäuft hatte. Die Teilnehmer waren leichtsinnig genug, bei den Proben die Rüstungen fortzulassen. Als sie sich zur Vorstellung fertig machen wollten, ergab sich, daß alle Rüstungen bei weitem zu groß waren. Die Vorstellung mußte abgelehnt werden, um ein akzeptables Bild zu vermeiden. Die Größenentwicklung der Menschen in den letzten Jahrhunderten scheint sich allerdings in den verschiedenen Ländern Europas verschieden gestaltet zu haben; so sind bei den letzten wissenschaftlichen Versuchen vor etwa 15 Jahren die deutschen Rüstungen im Durchschnitt gegenüber dem heutigen Wuchs als zu klein befunden worden.

